KI magazin

Kommunale Information des Verbands sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ

Nummer 02 | 2022

© NÖ GVV/Werner Jäger

Starke Minderheit:

Walpersbach, Wr. Neustadt-Land

Seiten 14 und 15

Menschen im Gemeinderat: Peter Kalteis, Carola Felsenstein und Roland Hähsler

Seiten 11, 27, 31

Ortsreportage: GERASDORF BEI WIEN

Das „Tor zum Weinviertel" entwickelte sich zur brummenden Boomtown

ab Seite 20

DER NÖ GVV FEIERTE GEBURTSTAG

u.a. mit Franz Schnabl, Ulrike Königsberger-Ludwig, Rupert Dworak, Michael Ludwig (Bild, v.l.)

ab Seite 12

WERBUNG

WIR MÖGEN JUNGES & LEISTBARES WOHNEN

Gerasdorf: Junges Wohnen

Grafenbach: Gefördertes Wohnen

Mödling: Leistbares & Betreutes Wohnen

Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling reg. Gen.m.b.H. www.moegen.at
Ferdinand Buchberger-Gasse 9, 2340 Mödling
Telefon: 02236 / 46 301 oder verkauf@moegen.at

BauGENossenschaft Mödling MÖGEN.AT

inhalt.

Festakt
Der NÖ GVV feierte seinen 75. Geburtstag mit rund 300 Freundinnen und Freunden punktgenau am Gründungstag – dem 11. Oktober.

12

14

Starke Minderheit
Bei der Gemeinderatswahl 2020 hat sich die SPÖ-Fraktion in Walpersbach (Bezirk Wr. Neustadt-Land) bei den Mandaten mehr als verdoppelt.

20

Ortsreportage: Gerasdorf bei Wien
Die junge Stadt sieht sich als „Tor zum Weinviertel“ und entwickelte sich rasant zur Boomtown. Wohnungsbau für Jung und Alt ist das große Thema.

04 **Denkanstoß**
Zu Weihnachten Gutes tun mit einer Spende gegen Armut.

07 **Editorial**
NÖ GVV- Geburtstag. Kommunale Hilfspakete. Leer stehende Pflege- und Spitalsbetten.

09 **Drei Neue im Bürgermeisteramt**

11 **Peter ist auch auf 8.000ern zu Hause**
Peter Kalteis, Ortschef von Weinburg, wollte schon immer ganz hoch hinaus.

17 **Franz Schnabl im KIm-Interview**

27 **Bildungsauftrag & soziales Anliegen**
GRin Carola Felsenstein wirkt in der Erwachsenenbildung und häkelt für Senioren.

28 **Frau kommunal**
Zeigen wir der Gewalt gegen Frauen die Rote Karte!

29 **JUGEND-KOPAK**
Das 5x5-Modell macht Wohnen für junge Leute leistbar.

31 **Roland ist ein ganz starker Typ**
Der Poysdorfer Gemeinderat reüssiert als Kraftsportler.

34 **Neu: Plattform für die 24h-Pflege**
Die vida beschritt neue Wege.

36 **Der Gemeinde-Rat I**
Die Verbandsjuristin über das Procedere bei Mandatsverzicht & Nachbesetzungen.

38 **Der Gemeinde-Rat II**
KDZ-Experten erläutern, was im nächsten Jahr finanziell auf die Gemeinden zukommt.

denkanstoß.

SPENDEN GEGEN DIE ARMUT IN ÖSTERREICH

Im ganzen Land bemühen sich die Gemeinden, Weihnachtsstimmung zu zaubern. Aber vielen Menschen ist nicht nach Feiern zumute. Weil Festbeleuchtung nicht wärmt und glitzernde Lichter nicht satt machen. Wir können etwas tun: mit einer Spende für die Volkshilfe.

Rund 1,2 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet. Viele Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern oder Menschen, die mit ihrer Mindestpension auskommen müssen, haben kaum genug, um über die Runden zu kommen. Die Volkshilfe versucht, zu helfen. Mit Angeboten, Beratung, materieller Unterstützung – bis hin zu Lebensmittelpaketen. Mehr darüber finden Sie unter www.volkshilfe.at. Und da steht auch, wie einfach es ist, diese Arbeit mit einer Spende zu unterstützen. Weihnachten ist eine gute Gelegenheit, das zu tun. Frohes Fest!

© Rainer Friedl

Kommunal sind wir. Bildung sind wir. Business sind wir.

Unsere Lösungen. Ihre Zukunft.

Wir bedanken uns, nach mittlerweile 40 Jahren gemdatnoe Erfolgsgeschichte, für die gute Zusammenarbeit mit unseren Kund:innen und Geschäftspartner:innen und wünschen allen:

Besinnliche Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2023!

Besuchen Sie uns online:
www.gemdatnoe.at

gemdatnoe

Niederösterreichische Gemeinde-Datenservice GmbH
2100 Korneuburg • Girakstraße 7 • 02262/690-0 • gemdat@gemdatnoe.at

editorial.

GEBURTSTAG. HILFSPAKETE. LEERE BETTEN. WAHLENTSCHEID.

© Foto: NÖ GVV / Werner Jäger

Unser Verband der sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen hat seinen 75. Geburtstag im Arbeitnehmer:innen Zentrum Niederösterreich mit FreundInnen und hochkarätigen Gästen gefeiert. Der Festakt stand auch im Zeichen von 100 Jahre Niederösterreich und deshalb haben wir uns besonders gefreut, dass wir auch den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig bei uns begrüßen durften.

Unlängst wurde uns von der Bundesregierung das Kommunale Hilfspaket Nummer drei präsentiert, das den Gemeinden die Möglichkeit schaffen soll, auch weiterhin unter diesen schweren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu investieren. In Summe ist dieses Paket eine Milliarde Euro schwer. Unsere Forderung war aber, dass wir nicht nur Mittel für Investitionen benötigen, sondern vor allem frisches Geld, um die allgemeine Teuerung und die eklatante Steigerung bei den Energiekosten auszugleichen. Deshalb sehe ich dieses dritte Kommunale Hilfspaket der Bundesregierung in der aktuellen Situation nur als ersten Schritt, um den Kommunen unter die Arme zu greifen. Was noch immer fehlt – und jedenfalls dringend benötigt wird – ist eben Geld, um die steigenden Energiekosten zu bewältigen. Bei Redaktionsschluss dieses vorliegenden KI magazins haben wir Gemeindevertreter schon mit den Verantwortlichen im Land Niederösterreich über einen Direktzuschuss für die Gemeinden verhandelt und ich hoffe, dass, wenn Ihr dieses Heft in den Händen hält, ein entsprechendes, 50 Millionen schweres Paket, für die nö Gemeinden am Tisch liegt. Frisches Geld, das direkt in die Gemeindekassen fließen wird.

Aber es gilt hier weiter zu denken, wir müssen das Problem bei seinen Wurzeln und nicht seine Symptome bekämpfen. Ganz wichtig wird nämlich sein, dass wir einen Strom- und Gaspreisdeckel bekommen, um diese Kostenlawine in den Griff zu kriegen.

Was derzeit leider ebenfalls in Diskussion ist, ist die Tatsache, dass immer mehr Pflege- und Spitalsbetten wegen Personalmangels leer stehen müssen. Dem Vernehmen nach um die zehn Prozent. Ich werde mich deshalb noch im Jänner mit den NÖ GVV-Bezirksvorsitzenden und unseren Abgeordneten in Verbindung setzen, um auch eines klarzustellen: Wir Gemeinden zahlen für die Erhaltung und den Betrieb unserer Pflege- und Krankenanstalten satte 50 Prozent mit! Deshalb wird es meine Forderung an das Land sein, dass der Betrieb sowohl in den Spitälern als auch in den Pflegeeinrichtungen voll und ganz gewährleistet sein muss! Denn die Gemeinden sind nicht länger gewillt, für ein nicht funktionierendes System so viel Geld aufzuwenden.

Weiters geht es im Augenblick auch darum, uns für die bevorstehende Landtagswahl optimal vorzubereiten. Franz Schnabl und sein Team haben für uns, für Niederösterreich die richtigen Antworten gefunden. Bei der Kinderbetreuung, beim Wohnen, beim Bauen, bei der Pflege, beim Ausgleich der Teuerung. Sie haben hier zukunftsweisende PROgramme präsentiert, die es nunmehr gilt, den Menschen in Niederösterreich näher zu bringen. Der 29. Jänner ist deshalb auch für uns GemeindevertreterInnen ein wichtiger Wahltag, denn, wenn wir hier ein tolles Ergebnis einfahren können, ist das ein starker Rückenwind für die Gemeinderatswahlen 2025.

Abschließend möchte ich Euch noch auf unseren traditionellen Neujahrsempfang hinweisen, der am 10. Jänner im Landtagssitzungsaal mit den Ehrengästen Pamela Rendi-Wagner und Franz Schnabl über die Bühne gehen wird. Die Einladung solltet Ihr schon erhalten haben.

Herzlichst Euer

Bgm. Rupert Dworak
NÖ GVV-Präsident

WERBUNG

Die Fraktion in der GÖD!

FSG GÖD

SEI DABEI!
MACH MIT!

Du bist im **öffentlichen Dienst** tätig – arbeitest im Bundes- oder Landesdienst, bist LehrerIn, PolizistIn, KindergärtnerIn, SoldatIn oder vielleicht in einem Landeskrankenhaus beschäftigt und willst dich für die **Arbeitsbedingungen** und die **Anliegen deiner KollegInnen stark** machen?

Dann bist du in der **Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen** in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst richtig! Wir vertreten die Interessen der **Bediensteten** von **Bund, Ländern** und **ausgegliederten Einrichtungen** nach sozialdemokratischen Grundsätzen und freuen uns, wenn du dich als FunktionärIn bei **Personalvertretungs-** und **Betriebsratswahlen** als wichtiger Teil unserer Bewegung engagieren möchtest.

FSG-GÖD Niederösterreich | Julius-Raab-Promenade 27/1/2 | 3100 St. Pölten | +43 664 843 77 60 | fsg.goed-noe@goed.at

DREI NEUE IM BÜRGERMEISTERAMT

In Brand-Nagelberg (Bezirk Gmünd) und St. Veit an der Gölsen (Bezirk Lilienfeld) wurde an der Gemeindespitze ein Generationswechsel vollzogen. In Bad Großpertholz (Bezirk Gmünd) kam es beim Bürgermeisteramt zu einem „Schichtwechsel" zwischen FPÖ und SPÖ.

Brand-Nagelberg. Am 30. September wurde der bisherige Geschäftsführende Gemeinderat Georg Einzinger (37) einstimmig zum Nachfolger von Bürgermeister Franz Freisehner (62) gewählt. Freisehner war von 1995 bis 29. September 2022 Mitglied des Gemeinderats, ab Oktober 2002 führte er die Marktgemeinde als Bürgermeister. In seiner Amtszeit wurden wichtige Projekte wie die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung, die Sanierung der Volksschule, die Renovierung des Kulturhauses und die Erweiterung des Bauhofes umgesetzt.

Sein Amtsnachfolger Georg Einzinger, BA ist schon seit 2015 im Ortsparlament tätig, zuletzt als Umweltgemeinderat. „Ich möchte ein Bürgermeister für Jung und Alt sein", so Einzinger nach seiner Wahl. Und weiter: „Ich werde für eine lösungsorientierte und krisensichere Arbeit stehen, mich für Kinderbetreuung und Schulbildung in Wohnortnähe einsetzen und unser einzigartiges Netz an Vereinen unterstützen."

Sankt Veit an der Gölsen. 15 Jahre stand Johann Gastegger (61) an der Spitze seiner Gemeinde, am 13. Oktober 2022 legte er sein Bürgermeisteramt zurück. Schon am Tag darauf wurde der bisherige Vizebürgermeister Christian Fischer (45) vom Gemeinderat mit 15 von 23 Stimmen zum neuen Ortschef gewählt. Das Wirken von Johann Gastegger hat in der Gemeinde deutliche Spuren hinterlassen. In seiner Ära wurden viele wichtige Projekte verwirklicht, u.a. die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung, der Neubau der ASBÖ Rettungsstelle, der Zu- und Umbau des FF Hauses in Rainfeld und die Einführung der Topothek.

Christian Fischer, der neue Mann im Bürgermeisteramt hat bereits jede Menge Erfahrung in der kommunalen Arbeit. Er startet seine Karriere in der Gemeinde bereits als 15jähriger Lehrling. Heute ist er dort im Brotberuf als Beamter tätig. Seit 2008 ist er auch im Gemeinderat tätig, 2019 avancierte er zum Vizebürgermeister.

Bad Großpertholz. Hier haben sich nach der GRW 2020 die Wahlsieger SPÖ und FPÖ zu einer Koalition zusammengeschlossen und sich für die Periode das Bürgermeisteramt aufgeteilt. Jetzt, zur Halbzeit, wechselte die Kurgemeinde unter die SPÖ-Führung. Im Gemeinderat schaut die Mandatsverteilung so aus: 8 ÖVP, 6 SPÖ, 5 FPÖ. Am 20. Oktober wurde der bisherige SPÖ-Vizebürgermeister Manfred Grill (60) vom Gemeinderat des Kurorts mit 16 von 18 Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt. Manfred Grill war im Brotberuf in der Post-Generaldirektion beschäftigt und ist dort mittlerweile in Pension.

© z.Vg.

Manfred Grill

© Gemeinde St. Veit

Christian Fischer

© B. Butschell

Georg Einzinger

VORWORT

© Rainer Friedl

Stadtrat Mag. Ewald Buschenreiter, Direktor des NÖ GVV

Werte Gemeindevertreterin!
Werter Gemeindevertreter!

Die Zeiten für uns Kommunalpolitiker werden immer herausfordernder. Es wird zunehmend schwieriger, die Pflichtausgaben zu bewerkstelligen und darüber hinaus noch ein lebenswertes Umfeld für unsere Bürger zu schaffen (*siehe auch Beitrag „Der Gemeinde-Rat" auf den Seiten 38, 39*). Die Teuerung auf dem Energiesektor, die steigende Inflation hinterlassen ihre Spuren in den Gemeindebudgets. Darüber hinaus kommt noch eine zunehmende Politikverdrossenheit der Bevölkerung – ausgelöst durch unzählige Skandale verursacht durch die türkis-schwarze Bundesregierung.
Unter all diesen schwierigesten Rahmenbedingungen gilt es allerdings im Jänner 2023 eine Landtagswahl zu schlagen, die noch dazu richtungsweisend sein könnte. Noch nie standen die Chancen seit Jahren so gut, die absolute Mehrheit der Volkspartei zu brechen. Es liegt allein an uns, an der Basis mit Schwung und Begeisterung in die kurze Phase des Wahlkampfes unsere BürgerInnen zu überzeugen. Daher sollten wir die Tage rund um Weihnachten nutzen, um Kraft im Kreise unserer Familien zu tanken, um mit vollem Elan im neuen Jahr durchstarten zu können. Ich wünsch Euch daher ein besinnliches Weihnachtsfest, und uns allen für 2023 Gesundheit und viel Kraft und Energie im neuen Jahr.

Herzlichst Euer

Erfolgreiche und konsequente Arbeit: Peter Kalteis in der Weinburger Kletterhalle

SCHRITT FÜR SCHRITT ANS ZIEL

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

„Es gibt keine Funktion auf der ganzen Welt, wo du Menschen so helfen kannst und gleichzeitig so gestalten kannst wie als Bürgermeister", ist sich Peter Kalteis sicher. Und sicher ist auch, dass es wenige andere Bürgermeister gibt, die es schon auf den Gipfel eines 8000ers geschafft haben.

Der Meniskus ist beleidigt. Nach den unzähligen Marathon-Kilometern, den Belastungen von abertausenden Metern Auf- und Abstieg in den Bergen darf er das sein, findet Peter Kalteis (62). „Aber sonst ist noch alles original bei mir."

Viel Hirn und viel Herz

Peter Kalteis ist seit 20 Jahren Bürgermeister in Weinburg im Bezirk St. Pölten. In den Gemeinderat holte ihn seinerzeit der damalige Bürgermeister. Ein Jahr später wurde er Vizebürgermeister. Quasi von null auf hundert in wenigen Monaten. Fast gleichzeitig wählten ihn die NÖ Naturfreunde zum stellvertretenden Landesobmann, drei Jahre später zum Obmann. Als Vizepräsident der Naturfreunde Österreich „bin ich plötzlich neben Heinz Fischer gesessen". Es folgt „eine unglaublich lehrreiche Zeit. Ich hab ihn beobachtet, wie er Probleme angeht, kommuniziert, mit Leuten umgeht". Intellekt und gleichzeitig Menschlichkeit, das beeindruckt Peter Kalteis.

„Viel Hirn und viel Herz", das braucht ein Politiker seiner Meinung nach. „Man muss die Menschen mögen", zitiert er Bruno Kreisky, der ebenso wie Fischer zu seinen politischen Vorbildern zählt. Und noch einen gibt es, den er in diese Kategorie einordnet: den Niederösterreicher Hannes Bauer.

Der Sportler Peter Kalteis hat ein gutes Dutzend Marathons hinter sich. „Die Trainingskilometer vorher sind ein Vielfaches". Dann kamen 24 -Stunden-Läufe. „Dagegen ist ein Marathon ein Honiglecken." Und dann die Expedition auf einen 8000er. „Dagegen ist der 24-Stunden-Lauf ein Honiglecken".

„Sechs Jahre her, aber ich träum noch immer davon"

50 Jahre nach der österreichischen Erstbesteigung des Gasherbrum II – am Schnittpunkt zwischen Pakistan, Indien und China – wollen es die Österreichischen Naturfreunde wieder versuchen. 8035 Meter. Mit dabei bei dieser Jubiläums-Expedition: Peter Kalteis. Am 31. Juli 2006 steht er am Gipfel.

Der Mostbrunnen der Landjugend. Der Bürgermeister ist stolz drauf.

Was man beim Extremsport für die Politik lernen kann? „Nicht nur für die Politik, sondern fürs Leben generell: Dass sich Durchhaltevermögen auszahlt, dass man trotz aller Widerstände sein Ziel erreichen kann, wenn man es nicht aus den Augen verliert und sich nicht abbringen lässt. Schritt für Schritt."

30.000 Besucher pro Jahr, umgeben von Motorik-Park, Sportstätten und viel Grün: Die Weinburger Kletterhalle ist ein gutes Beispiel für erfolgreiche und konsequente Arbeit. Seinerzeit nicht unumstritten, mittlerweile zum „Inventar" einer Gemeinde geworden, in der Lebensqualität groß geschrieben wird. „Bei uns findest Du alles, was Du zum Leben brauchst", bringt es der Bürgermeister auf den Punkt. Jeder kennt jeden, jeder grüßt jeden, auch das ist Weinburg.

Peter Kalteis hat viele schwierige Situationen erlebt. Im Sport, in der Politik und auch persönlich. Zweimal hat er schwere Erkrankungen überwunden. Macht einen das stärker? Gegen diesen Begriff wehrt er sich: „Nein, es macht einen bewusster. Das geht viel tiefer rein." Verletzlich ist man nachher genauso wie vorher. Aber: „Es gibt kein Aufgeben". Mit seiner Frau hat Peter Kalteis zwei Töchter und drei Enkel. „Als Team sind wir unschlagbar."

NÖ GVV FEIERTE MIT FREUNDEN DIE ERSTEN 75 JAHRE SEINES BESTEHENS

Am Abend des 11. Oktober 2022 – auf den Tag genau 75 Jahre nach seiner Gründung – feierte der Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ mit hochkarätigen Gästen im Festsaal der AKNÖ in Sankt Pölten seinen Geburtstag.

© NÖ GVV/Werner Jäger (3)

Rund 300 Gäste waren gekommen, darunter Landeshauptfrau-Stellvertreter Franz Schnabl, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig und der Wiener Landeshauptmann Bgm. Michael Ludwig. Bei den Reden standen, neben dem erfreulichen Jubiläum, aber auch durchaus sehr ernste Themen wie Pandemie, Energiekrise und Teuerung im Mittelpunkt. Gastgeber NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak: „Die vergangenen zwei Jahre haben die Gemeinden außerordentlich gefordert. Und ich bin der festen Meinung, die nächsten Jahre werden uns noch mehr abverlangen als wir es derzeit einschätzen können!“

Weiters unter den Gästen: die Hausherren AKNÖ-Direktorin Bettina Heise, AKNÖ-Präsident Markus Wieser und AKNÖ-Vizepräsidentin Gerda Schilcher; NÖ GVV-Ehrenpräsident Bernd Vögerle, PVNÖ-Präsident Prof. Dkfm. Dr. Hannes Bauer, Volkshilfe NÖ-Präsident NR a.D. Prof. Ewald Sacher, ASBÖ NÖ-Präsident Hannes Sauer, Städtebund Generalsekretär Thomas Weninger, SWV NÖ-LGF Gerd Böhm, SWV-NÖ-Vizepräsidentin KommR.in Martina Klengl, Vorsitzender der Freiheitskämpfer NR a.D. Anton Heinzl, JG NÖ-Vorsitzender Valentin Mähner, Naturfreunde NÖ-GF Ernst Dullnigg, Volkshilfe NÖ-GF Mag. Gregor Tomschizek. Weiters: AMS-LGF Mag. Sven Hergovich, GK-Landesstellenleiter-Stv. Günter Steindl; von der Wiener Städtischen Kom.Rat Paul Ambrozy und Nikolas Ambrozy; vom GVV Burgenland LGF Mag. Herbert Marhold und Präsident Bgm. Erich Trummer; von der SPÖ NÖ LGF Bgm. Wolfgang Kocevar und LGF Klaus Seltenheim, von der Bundes-SPÖ GF Christian Deutsch sowie BRin Andrea Kahofer. Ebenfalls dabei: LAbg. Dipl. Päd. Kathrin Schindele, LAbg. Hannes Weninger, LAbg. Gerhard Razborcan, NR KO-Stv. Andreas Kollross, NR Alois Schroll und NR Rudolf Silvan.

NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak: „Der Konjunkturmotor Gemeinde läuft Gefahr, überlastet zu werden oder ganz auszufallen. Das WIFO zeigt ganz klar auf, dass die Inflationsrate auch im nächsten Jahr sehr hoch bleiben wird. Laut KDZ fehlen in den Gemeinden mindestens 1,2 Milliarden Euro und deshalb erachte ich die Situation als absolut dramatisch. Das, was wir jetzt brauchen, ist eine schnelle und unbürokratische Hilfe. Die Inflation und die Teuerung verlangen ein sofortiges Handeln der Regierung. Wir brauchen kein kommunales Investitionspaket III, das wir uns als Gemeinden aufgrund der hohen Teuerungswelle und hoher Baukosten gar nicht leisten können, sondern wir brauchen sofort und unbürokratischen 200 Euro pro EinwohnerIn, das sind ungefähr 1,8 Milliarden Euro, damit wir 2023 überleben können.“

Dworak weiter: „Gott sei Dank hat sich die SPÖ bei der Kinderbetreuung durchgesetzt – auch wenn sich die ÖVP Niederösterreich dafür abfeiern lässt. Es waren wir, die Sozialdemokraten, die die Senkung des Kindergartenalters und die Umsetzung der familienfreundlichen Kriterien für den Kindergarten seit Jahren fordern. Noch im Jänner hat die ÖVP diese unsere Forderungen abgelehnt. Nunmehr ist der Druck aber so groß geworden, dass die ÖVP das KinderPROgramm der SPÖ 1:1 abgeschrieben und übernommen hat. Jetzt erwarte ich mir auch, dass hier bei der Umsetzung die Unterstützung

des Landes eine sehr hohe ist. Ich erwarte mir hier weiters Gespräche auf Augenhöhe sowie einen 50prozentigen Landeszuschuss für den Neubau von Kindergärten. Davon einen 20prozentigen Direktzuschuss. Und wir brauchen die Befüllung des Schul- und Kindergartenfonds, der derzeit zu zwei Drittel von den Gemeinden getragen wird, im Ausmaß von 50:50. Ferner benötigen wir einen Personalkostenzuschuss für unsere KinderbetreuerInnen. So stellen wir uns vor, dass wir die Kindergartenoffensive gemeinsam mit dem Land stemmen können.“

Landeshauptfrau-Stellvertreter LPV Franz Schnabl: „In der Corona-Krise, wie auch in der derzeitigen Teuerungs-Krise waren und sind es gerade die GemeindevertreterInnen, die diese Herausforderungen für die Gesellschaft bravourös gemanagt haben – dafür ist ihnen von ganzem Herzen zu danken. Wir SozialdemokratInnen – und nur wir – sind es, die für optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die beste Ausgestaltung der ersten Bildungseinrichtung eines Menschen kämpfen. Es braucht unsere Kindergärten endlich ganztägig, ganzjährig, gratis! Wir kämpfen für eine ärztliche Versorgung, bei der die E-Card als Zahlungsmittel genügt und sich die Tür der Praxis nicht erst nach Einstecken der Kreditkarte öffnet.

Der NÖ GemeindevertreterInnenverband setzt sich außerdem – Seite an Seite mit der SPÖ NÖ – für die Installierung kleinteiliger, wohnortnaher Pflegeeinrichtungen, für eine Anstellung pflegender Angehöriger und echte Anerkennung durch faire Bezahlung und gesicherte Freizeiten der Pflegekräfte ein.

Ich wünsche dem NÖ GVV weiterhin viel Kraft und Erfolg für die wichtige Unterstützung unserer Gemeinden. Auf den NÖ GVV ist Verlass – in allen Lebenslagen. Gestern, heute – und auch in den nächsten 75 Jahren!“

Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch folgende Bürgermeister geehrt:

Für 10-jähriges Amtsjubiläum:
Arnold Bauernfeind (Bärnkopf), Michael Streif (Schwarzau im Gebirge), Rainald Schäfer (Hirschbach), Reinhard Resch (Krems).

Für 20-jähriges Amtsjubiläum:
Franz Freisehner (Brand-Nagelberg), Peter Kalteis (Weinburg).

Für 30-jähriges Amtsjubiläum:
Franz Antoni (Enzenreith).

© Annette Pfeffer (2)

Die SPÖ-Fraktion Walpersbach (v.l.): Fraktionschef GR Gerhard Gneist, GR Michael Hundsmüller (Obmann des Kontrollausschusses), GRin Ilse Oberauer, GR Manuel Krapfl, Ortsparteivorsitzende GGRin Mag^a. Maria Vlasitz.

„ES MACHT SICH BEZAHLT, WENN WIR AKTIV AUF DIE LEUTE ZUGEHEN“

Mit einem Plus von satten drei Mandaten hat sich die SP-Fraktion in Walpersbach (Bezirk WN) bei der GRW 2020 mehr als verdoppelt und hält nun fünf Mandate. Wie es dazu kam und über die Schwierigkeiten mit einer absoluten ÖVP-Mehrheit (14 Mandate) sprach das KI magazin mit der frischgebackenen Ortsparteivorsitzenden GGRin Maria Vlasitz und ihrem Fraktionsobmann GR Gerhard Gneist.

Bei der GRW 2020 wurden drei Mandate dazugewonnen. Worauf führen Sie diesen Erfolg zurück?

Vlasitz: Einerseits natürlich darauf, dass wir mit einem spitzenmäßigen Zugpferd angetreten sind. Reinhard Hundsmüller war ja als politischer Quereinsteiger an der Seite von Franz Schnabl in die Landespolitik gegangen, hat als Klubobmann im Landtag toll reüssiert und sich nun auch in seiner Heimatgemeinde in der Kommunalpolitik engagiert. Das war sicherlich extrem positiv für uns. Davor hatte sich der damalige ÖVP-Langzeitbürgermeister schon zu einer Art Ortskaiser entwickelt und bereits viele Sympathien in der Bevölkerung verspielt. Andererseits hat es unser damaliger Ortsparteiobmann Josef Hruby geschafft, für die GRW 2020 ein schlagkräftiges und frisches Team zusammenzustellen, das einen sehr engagierten Wahlkampf geführt hat. Wir haben in der Öffentlichkeit Präsenz gezeigt. Und wir haben mit einer Umfrage, die Wünsche unserer MitbürgerInnen abgefragt und ausgelotet. Das alles hat wohl zusammengespielt, dass wir unsere Mandate mehr als verdoppeln konnten.

Wie ist jetzt die politische Situation, Atmosphäre im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit oder gar ein Koalitionsabkommen?

Gneist: Die Zusammenarbeit war, von der ÖVP-Seite her, auch nach der Gemeinderatswahl sehr, sehr schlecht. Im Juli dieses Jahres hat die ÖVP nun den Bürgermeister getauscht, was wir durchaus als eine Reaktion auf unseren Wahlerfolg sehen. Mit dem neuen Bürgermeister haben wir nun die Hoffnung, dass sich unser Verhältnis zur VP-Mehrheit doch etwas zum Besseren wendet. Wir wollen keinen harten Oppositionskurs fahren, sondern suchen den Konsens und eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinne der Gemeinde und unserer Bürgerinnen und Bürger.

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen der VP-Mehrheit?

Gneist: Also da gibt es noch viel Luft nach oben. Wir sind ja in keinem Ausschuss vertreten, die sind bei uns schlicht auch gar nicht vorhanden.

Vlasitz: Ein Fortschritt in Sachen Info-Fluss wäre ja schon, und daran arbeiten wir derzeit, dass wir gemeinsam mit der ÖVP-Mehrheit die Termine für die Gemeinderatssitzungen festlegen können. Unterm alten Bürgermeister war die diesbezügliche Praxis schlicht so, dass der geschaut hat, wann der Reinhard Hundsmüller als Klubobmann im Land unabkömmlich war, und dass er dann für genau diese Termine so kurzfristig wie nur möglich Gemeinderatssitzungen angesetzt hat.

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Ideen durch?

Vlasitz: Im Gemeindevorstand steht es bei uns 4:1. Da sitzt von unserer Seite her nur ich als Geschäftsführende Gemeinderätin drinnen. Da hatte ich lange den Eindruck, der Bürgermeister beschließt alles nur mit den Gemeindesekretärinnen und das wird dann im Gemeinderrat vorgelegt.

Gneist: Also beim alten Bürgermeister ist da überhaupt nix gegangen. Der hat uns abgedreht, wo er nur konnte. Jetzt, beim neuen Bürgermeister, haben wir schon die Hoffnung, dass sich da eine ganz andere Gesprächskultur und eine andere Kultur in der Zusammenarbeit etablieren wird. Schauen wir mal.

Das neue SPÖ-Führungsduo in Walpersbach: GGRin Maria Vlasitz und Fraktionschef Gerhard Gneist.

Werden den SPÖ-Mandataren Repräsentationsaufgaben übertragen?

Vlasitz: Ja, bei den Gratulationen dürfen wir dabei sein. Das war aber immer schon so, auch beim alten Bürgermeister. Immerhin.

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier?

Vlasitz: Wir wissen natürlich, wie wichtig eine gute Öffentlichkeitsarbeit auch in der Kommunalpolitik ist, aber auch hier haben wir sicher noch Luft nach oben. Deswegen arbeiten wir derzeit daran, dass wir das in Zukunft effizienter gestalten. Im vergangenen Gemeinderatswahlkampf haben wir genau gesehen, dass es sich bezahlt macht, wenn wir aktiv auf die Leute zugehen. Derzeit haben wir ein Info-Blatt, das wir viermal im Jahr produzieren und selbst austragen, obwohl wir so ein kleines Team sind. Dabei kommt es natürlich immer wieder zu Kontakten und Gesprächen mit unseren MitbürgerInnen. Wir haben einen Facebook-Account, den betreut unser Michael Hundsmüller, der Sohn vom Reinhard. Heuer haben wir im Herbst unser erstes Häferl-Fest abgehalten. Da haben wir einen Glühwein- und Glühmost-Stand betrieben und jeder hat sein eigenes Häferl mitgebracht. Für die Kleinen gab's einen Kinderpunsch. Auch kleine Snacks wurden angeboten. Und wir verteilen Blumen am Valentinstag und machen eine Muttertags-Aktion.

Wir haben vor zwei Jahren zum Schulanfang dem Elternverein unserer Volksschule fünf Laptops gespendet. Das ist dort natürlich sehr gut angekommen, aber beim Bürgermeister ganz und gar nicht. Der war sogar beleidigt, weil er davon nichts gewusst hat. Das war noch der alte Bürgermeister, denn der war der Meinung, dass ohne ihn in diesem Ort überhaupt nix gehen darf… Um die Pressearbeit hat sich, bis zu seinem Abgang, der Reinhard Hundsmüller gekümmert. Jetzt werde ich diesbezüglich das Heft in die Hand nehmen.

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden?

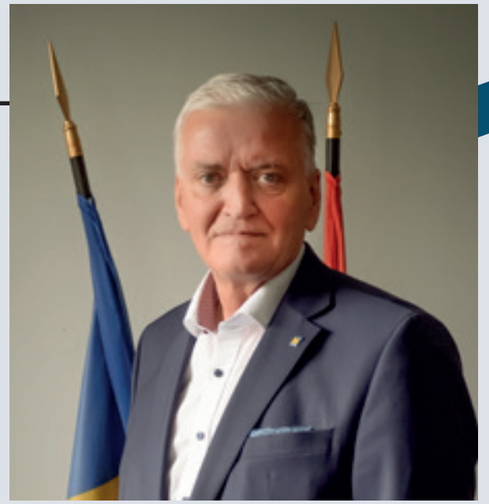
Vlasitz: Sehr schwierig. Im Ort gibt es einige alte, einflussreiche Familienclans und bei der ÖVP ist es seit langem Usus, dass sie einen oder eine aus jeder dieser Familien auf die GR-Liste bringt. Das ist uns unmöglich. Wir haben sicherlich Chancen bei neu zugezogenen BürgerInnen, aber hier haben wir natürlich keinen Zugang auf irgendein Adressenmaterial. Darüber hinaus ist ganz allgemein das Interesse der Leute, sich politisch engagieren zu wollen, sehr enden wollend. Traurig, aber wahr.

Die Ziele für die GRW 2025?

Vlasitz: Für mich ganz klar: Nicht Mandatszahl halten, sondern weiter ausbauen!

© SPÖ NÖ

interview.



DAS „MITEINANDER“ IST LEDIGLICH EINE WORTHÜLSE GEBLIEBEN …

Im KI magazin-Interview spricht Landesparteivorsitzender Landeshauptfraustellvertreter Franz Schnabl u.a. über seinen gewagten Quereinstieg in die hohe Landespolitik, die beachtlichen roten Erfolge im schwarzen Land in Sachen Kinderbetreuung, die missglückten „Miteinander“-Parolen der Landeshauptfrau und die größten politischen Baustellen im Land.

2017 gingen Sie als Quereinsteiger auf hohem Niveau in die Politik. Wie war das für Sie und haben Sie diesen Schritt jemals bereut?

Ich habe diesen Schritt gesetzt, weil ich gestalten möchte, um für unsere Kinder und Enkel ein intaktes Land zu erhalten, sowohl, was die sozialen und die wirtschaftlichen Belange angeht, als auch einen effizienten Klimaschutz. Es hat sich viel getan in den vergangenen Jahren. Österreich ist von der Coronakrise in eine Teuerungskrise geschlittert. Durch die Untätigkeit von ÖVP und Grünen auf Bundesebene und auch seitens der ÖVP NÖ wurden lediglich zögerliche Alibi-Handlungen gesetzt. Ich habe in keiner Sekunde bereut, diesen Schritt getan zu haben: Denn gerade jetzt braucht es alle Erfahrung, die jeder einzelne von uns aufbieten kann, um die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, um die NiederösterreicherInnen zu entlasten und zukunftsfähige Politik auf Schiene zu bringen.

Die politische Situation in Niederösterreich ist ja durch die schiere Allmacht der ÖVP eine besondere. Diese wurde von Landeshauptmann Erwin Pröll über Jahrzehnte geschickt aufgebaut, seine Nachfolgerin Johanna Mikl-Leitner hat dann die Parole vom „Miteinander“ ausgegeben. Hat sich da in der Praxis wirklich etwas verändert?

Die Landeshauptfrau hat lediglich versucht, dem System Niederösterreich – dessen Übertragung auf die Bundesebene durch Bundeskanzler Kurz Skandale ungeahnten Ausmaßes ausgelöst haben – einen freundlicheren Anstrich zu verleihen. Das ‚Miteinander‘ ist aber leider lediglich eine Worthülse geblieben. Haben alle anderen Parteien bei vielen Themen zueinandergefunden und regelmäßig übergreifende Anträge zur Verbesserung des Lebens der NiederösterreicherInnen gestellt, hat die Mehrheitspartei ständig ‚Nein‘ gesagt. Gute Ideen anderer Parteifarben sind also nicht erwünscht und was noch viel schlimmer ist, eigene Ideen der Landes-Mehrheit sucht man vergeblich. Die vergangenen fünf Jahre waren durch die Visionslosigkeit der ÖVP NÖ geprägt und auch für die Zukunft lässt diese nicht mehr Engagement aufblitzen, die Herausforderungen der Zukunft mit den Landsleuten gemeinsam zu stemmen.

Mit Ihren langjährigen hartnäckigen Forderungen in Sachen Kinderbetreuung, zuletzt mit Ihrem KinderPROgramm, hat sich die SPÖ NÖ nun bei der ÖVP-Mehrheit durchgesetzt und sie zum Einlenken gezwungen. Viele rote Forderungen werden endlich verwirklicht. Aber was ist da noch offen?

Auf ein durchdachtes SPÖ-PROgramm hat die ÖVP mit einer Schrecksekunde von acht Monaten reagiert. Eine lange Zeit, in der man schon vieles auf den Weg hätte bringen können. Sei‘s drum. Wichtig ist, dass nun endlich auf die unendlichen Herausforderungen der NiederösterreicherInnen in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingegangen wird und zwei unserer 3 G abgeschrieben wurden. Für den ganz großen Wurf hat es aber wieder nicht gereicht: Die Annahme unseres KinderPROgramms hätte nicht nur den Gratis-Kindergarten gebracht,

sondern auch finanzielle Entlastung der Gemeinden durch die detaillierte Finanzierungsansage unserer Kindergartenoffensive. Es geht hier um die erste Bildungseinrichtung im Leben eines jungen Menschen. Die Politik muss dafür sorgen, dass sich unsere Kinder und Enkel dort auch wohlfühlen und in einem unbeschwerten Ambiente spielerisch lernen können." *(Anm.: KinderPROgramm - https://noe.spoe.at/kinderprogramm)*

„Ich möchte ein Niederösterreich, in dem sich die Landsleute eine Wohnung oder ein Eigenheim auch in Zukunft leisten können."

Wo sehen Sie weitere politische Baustellen in Niederösterreich, derer sich die SPÖ Niederösterreich annehmen will?

Ganz klar, im Teuerungsbereich – wo wir vom blau-gelben Kinderbetreuungs-Bonus bis zu einer Gebührenbremse sehr viele konkrete Maßnahmen vorgestellt und eingefordert haben: Allesamt abgelehnt von der schwarzen absoluten Mehrheit. Und dann wären da noch Herausforderungen im Pflege-, Gesundheits- und Wohnbereich, die nicht erst seit gestern bekannt sind, aber von der ÖVP immer auf die lange Bank geschoben wurden und keine Lösungskompetenz gezeigt wurde. Wir haben auch hier ein PflegePROgramm vorgelegt, zehn Maßnahmen im Gesundheitsbereich, die dazu beitragen sollen, dass das Stecken der E-Card wieder reicht und sich die Tür zum Arzt nicht bald nur mehr öffnet, wenn die Kreditkarte eingeschoben wird. Außerdem haben wir ein WohnPROgramm vorgestellt, das auch in krisenhaften Zeiten gewährleisten soll, dass jeder sich die vier Wände zum Wohnen leisten kann. *(Anm.: PflegePROgramm unter https://noe.spoe.at/pflegeprogramm; WohnPROgramm unter: https://noe.spoe.at/wohnprogramm.)*

Schon vor der Pandemie haben die Gemeinden im Land immer mehr Aufgaben übernommen, die sie finanziell und organisatorisch vor große Herausforderungen gestellt haben. Siehe Grauer Finanzausgleich. Mit Corona und Energiekrise sind dann noch jede Menge weitere dazugekommen. Wie kann man den Kommunen beistehen?

Ich möchte mich zuallererst bei den GemeindevertreterInnen und BürgermeisterInnen herzlich bedanken für ihren Einsatz in diesen Krisenzeiten. Sie waren die Manager der Coronakrise und sie strecken sich nach der Decke, um den Landsleuten auch in der Teuerungskrise unter die Arme zu greifen. Der Bund und das Land sind gefordert, den Gemeinden die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen – damit sie jeden Tag aufs Neue die GemeindebürgerInnen in vielfältigen Herausforderungen unterstützen können. Daher haben wir in unserem KinderPROgramm auch eine klare Finanzierung formuliert, die die Gemeinden entlastet hätte, während die ÖVP etwas präsentiert und dabei zu befürchten ist, dass am Ende des Tages die Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Ich möchte eine ehrliche Politik, ein aktives Land, das Niederösterreich zum Vorreiter in der Teuerungsbekämpfung, der Kinderbildung, der Gesundheit und Pflege macht. Und ich möchte ein Niederösterreich, in dem sich die Landsleute eine Wohnung oder Eigenheim auch in Zukunft leisten können.

© SPÖ NÖ

Info-Box - Franz Schnabl

**14. Dezember 1958 in Neunkirchen. Aufgewachsen in Raach am Hochgebirge (Bezirk NK), mit der Hochzeit Übersiedlung ins Burgenland. Mittlerweile Hauptwohnsitz in Sankt Pölten.*
Familie: *Seit 1979 verheiratet, zwei Kinder, ein Enkelkind.*
Beruf: *Karriere bei Polizei bis zum General. Danach Sicherheitschef bei Magna International Europa, später dort Vice President Human Resources.*
Politik: *Am ao. Parteitag der SPÖ NÖ am 24. Juni 2017 wurde Franz Schnabl als Nachfolger von Matthias Stadler zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt.*
Am 21. September 2017 wurde er im Niederösterreichischen Landtag als Nachfolger von Maurice Androsch als Landesrat angelobt.
Bei der Landtagswahl in Niederösterreich 2018 erreichte die SPÖ mit Spitzenkandidat Schnabl 23,9 % und legte damit leicht zu. Seit 22. März 2018 ist er 2. Landeshauptfrau-Stellvertreter von Niederösterreich.
Beim jüngsten Landesparteitag am 1. Oktober 2022 wurde Franz Schnabl mit 89 Prozent als Landesparteivorsitzender bestätigt.

© Foto: SPNÖ

VIER VIERTEL, VIER WÄNDE, EIN PLAN: WOHNEN MUSS LEISTBAR SEIN!

„Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt immer mehr. Wir müssen das erreichen – nachhaltig, ökonomisch und ökologisch", erklärt SPÖ NÖ Landesparteivorsitzender LHStv. Franz Schnabl. Deswegen hat die SPÖ NÖ ihr WohnPROgramm präsentiert.

LHStv. Schnabl liefert einen Wegweiser zu einem breiten Themenfeld: „‚4 Viertel, 4 Wände, 1 Plan' lautet das Motto. Wenn wir über leistbaren Wohnraum sprechen, müssen wir beim sorgsamen Umgang mit Grund und Boden beginnen. Unser Plan ist eine moderne, überarbeitete Wohnbauförderung und für uns SozialdemokratInnen ist die soziale Komponente wichtig."

Leistbarer Wohnraum müsse auch beim Grund und Boden ansetzen. Es gibt Regionen in Niederösterreich, wo 500 Euro pro Quadratmeter beim Kauf eines Grundstücks keine Seltenheit sind, beschreibt Schnabl: „Es geht darum, Gebäude an den richtigen Standorten in der richtigen Größe zu verwirklichen. Wir wollen eine Widmungskategorie ‚Gemeinnütziger Wohnbau' schaffen." ‚Landbanking', also das ‚Horten' von Bauland, um auf höhere Erträge zu spekulieren, sei ein weiteres Problem in Niederösterreich. Die SPÖ NÖ sagt hier klar: „Bauland ist zum Bauen da!" Eine Abgabe könnte Abhilfe schaffen und für Spekulation zweckentfremdete Grundstücke teurer machen. Sodass diese eher verkauft bzw. bebaut werden.

Ein zentraler Baustein des WohnPROgramms der SPÖ NÖ stelle neben der NÖ Wohnbauförderung die Etablierung eines NÖ Bodenfonds dar. Wien und Tirol würden diesen Weg bereits gehen, weiß Schnabl: „Das würde maßgeblich dazu beitragen, leistbaren Baugrund zur Verfügung zu stellen, interkommunale Kooperationen zu fördern sowie Unterstützung und Entlastung für die BürgermeisterInnen in Widmungsfragen anzubieten. Der NÖ Bodenfonds könnte als Großeinkäufer von Liegenschaften agieren, als Koordinationsstelle von Siedlungsentwicklung fungieren oder auch die Verwaltung und Vergabe von Baurechtsgründen sicherstellen." Anliegen der SPÖ ist, dass speziell auch jungen Landsleuten die Möglichkeit gegeben wird, Eigentum zu erwerben. Aber auch für alle jungen NiederösterreicherInnen, die sich gegen Eigentum entscheiden, braucht es ausreichend geförderten Mietwohnungsbau.

Schnabl ortet auch bei den Anreizen zu bodensparenden Bauen massiven Handlungsbedarf. Das Ziel im aktuellen Koalitionsprogramm der Bundesregierung sei, nicht mehr als 2,5 Hektar pro Tag österreichweit zu versiegeln. Aktuell versiegelt nur NÖ diese Fläche täglich. „Die Anreize für bodensparendes Bauen sind bei uns äußerst gering. Tirol, Salzburg und Vorarlberg haben solche Regelungen in der Wohnbauförderung", so Schnabl: „Wir wollen eine höhere Förderung für Eigenheime, die auf kleineren Grundstücken errichtet werden und mit weniger bebauter Fläche auskommen. Jeder Quadratmeter, der durch effiziente Planung eingespart werden kann, reduziert Kosten."

ortsreportage.

Gerasdorf bei Wien

BOOMTOWN UND TOR ZUM WEINVIERTEL

Gerasdorf bei Wien brummt. Aber so richtig. 1997 zählte die Gemeinde noch keine 7.000 EinwohnerInnen und hatte noch kein Stadtrecht (das folgte erst Ende 1998). Heute steht die Boomtown kurz vor der 12.000er-Marke. Dazu kommen noch satte 3.355 ZweitwohnsitzerInnen.

Bild: Bürgermeister Mag. Alexander Vojta vor dem Kindergarten Kuhngasse. Für das eigenwillige Design zeichnet der Architekt DI Ernst Mrazek verantworlich, der in Gerasdorf so gut wie alle Gemeindegebäude entworfen hat.

© www.foto-plutsch.at

Gerasdorf bei Wien

Mit welchen Augen sieht denn der Herr Bürgermeister seine Heimatstadt? „Wir sind eine prosperierende Stadt im Umland von Wien und sozusagen das Tor zum nördlichen Niederösterreich. Gerasdorf ist ein Musterbeispiel für eine Kommune zum Wohlfühlen mit einem breiten Angebot für die gesamte Bevölkerung. Und wir wollen in den nächsten zehn Jahren die jugendfreundlichste und lebenswerteste Stadt in Niederösterreich werden“, meint Mag. Alexander Vojta (62), ein WU-Absolvent und im Brotberuf zuletzt Leiter der Mitarbeitervorsorgekasse von Siemens, dort seit Kurzem aber in Pension. Als Bürgermeister steht er seit 2008 an der Spitze von Gerasdorf. Politisch schaut es dort aktuell so aus: Von den 37 Mandaten im Gemeinderat entfallen 15 auf die SPÖ, zwölf auf die ÖVP, sechs auf die FPÖ, drei auf die Grünen und die NEOS halten ein Mandat.

Was sind das für Menschen, die es in diese junge Boomtown zieht? Vojta: „Unsere Zuwanderer kommen hauptsächlich aus Wien. Leute, die es sich leisten können aufs Land zu ziehen, die in der Natur leben wollen, aber weiter in Wien in guten Jobs arbeiten.“ Gerasdorf verfügt seit mehr als 20 Jahren über keine Gemeindewohnungen mehr, die wurden in Genossenschaftswohnungen umgewandelt. „Wir haben aber, was den sozialen Wohnbau betrifft, mit den Genossenschaften sehr viele Projekte laufen. Wir arbeiten da mit allen großen Genossenschaften zusammen, die es so gibt. Die Herausforderung dabei sind unsere Grundstückspreise, die sind wahnsinnig hoch“, weiß der Bürgermeister. Allein in den vergangenen drei

Bild ganz oben: Das Rathaus (entworfen von Architekt DI Ernst Mrazek) und die röm.-kath. Stadtpfarrkirche St. Peter und Paul. Bild oben: Ein mächtiges Naturdenkmal - der Kastanienbaum an der Süßenbrunnerstraße.

Jahren kam es hier zu einer Verdoppelung. Am Rand der Stadt von 300 auf 600 Euro pro Quadratmeter im Zentrum von 400 auf 800. Darunter kriegt man kein Grundstück mehr. Vojta: „Das ist gerade für den sozialen Wohnbau sehr schwierig. Jetzt werden halt kombinierte Projekte gebaut. Ein Teil klassische Genossenschaftswohnungen oder das Format Junges Wohnen, wie es gerade umgesetzt wird, und die andere Hälfte mit frei finanzierten Wohnungen.“

Die Gemeinde selbst hat mittlerweile keine Grundstücke mehr für den Wohnbau zur Verfügung. Mitreden kann sie bei den Projekten aber sehr wohl. „Weil wir den Genossenschaften die BürgerInnen vermitteln, die dringend eine Wohnung brauchen“, so der Stadtchef. Die aktuelle Warteliste für ein Bauprojekt mit 20 Wohneinheiten, die die Gemeinde vergeben kann, zählt im Augenblick 300 Personen. „Das heißt, zwanzig machen wir glücklich und 280 sind angefressen auf uns…“ - beschreibt Vojta die Kehrseite der Medaille.

Sein Vorzeigeprojekt ist das neue Generationendorf zwischen den Ortsteilen Oberlisse und Gerasdorf. Darin finden sich normale Genossenschaftswohnungen, betreubares Wohnen für Senioren und Junges Wohnen. Es gibt dort einen Kindergarten, einen Hort und eine Volksschule. Die Gemeinde hat dort das Grundstück gekauft und der Genossenschaft zur Verfügung gestellt. In den vergangenen zwei Jahren wurden 100 Wohneinheiten in Gerasdorf gebaut. Für die kommenden drei Jahre sind weitere 300 Wohneinheiten geplant.

Trotz massiven Zuzugs läuft für abgewanderte jungen GerasdorferInnen eine Rückholkampagne der Stadt.

vorzugt behandelt werden.

Apropos Jugend: Derzeit gibt es zwei Jugendzentren, selbstverwaltet mit eigenen Vereinen. Ein drittes Jugendzentrum befindet sich schon in der Bauphase. Für die Kleinsten verfügt die Boomtown über vier Kindergärten mit insgesamt 22 (!) Gruppen. Allein in den letzten zehn Jahren sind acht Gruppen hinzugekommen. Und: Der Verein Civitas betreibt an allen drei Volksschulen der Stadt acht Hortgruppen mit Nachmittagsbetreuung.

Bild oben rechts: Schnappschuss von der 3. Oldtimer Classic im September 2022. Bild oben: Kreisverkehr „Kugelrund“ 2018 gestaltet vom Tiroler Künster Anton Amort. Bild rechts: der Erholungsraum Marchfeldkanal und der Badeteich.

Auch interessant: Trotz massiven Zuzugs kam es in der jüngeren Vergangenheit zu einer Abwanderung von jungen Menschen, die sich die hohen Grundstückpreise nicht mehr leisten konnten. Für diese gebürtigen GerasdorferInnen hat die Stadt eine Rückholaktion ins Leben gerufen. Diese Kampagne läuft nun seit zwei Jahren über die Printmedien und Sozialen Medien der Gemeinde, wo informiert wird, dass abgewanderte junge GerasdorferInnen bei der Vergabe von günstigen Wohnungen in der Gemeinde be-

© www.foto-plutsch.at, Stadt Gerasdorf bei Wien (2)

Gerasdorf bei Wien

Für ein Pflegeheim gab es in der Ära Pröll schon eine Grundsteinlegung. Unter Mikl-Leitner wurde das Projekt abgeblasen.

Der jüngste Coup des Bürgermeisters betrifft auch den Schulbereich. Seit zwei Jahren bemüht sich die Stadt intensiv um ein Gymnasium - ein Herzensprojekt des Stadtchefs. Die Gemeinde hat sogar eine eigenes Grundstück zur Verfügung gestellt. Anfang Oktober kam die Zusage: In Gerasdorf soll ein vollwertiges Gymnasium mit einer Investitionssummen von rd. 35 Millionen Euro entstehen.

Auch in Sachen Gesundheitsversorgung zeigte die Stadt erfolgreich Initiative. Gerasdorf ist zwar prinzipiell sehr gut mit praktischen und Fachärzten versorgt. Bis vor Kurzem fehlte jedoch (wie so oft in NÖ) ein Kinderfacharzt. Da hat sich die Gemeinde selbst aktiv auf die Suche gemacht und war dabei sehr erfolgreich. Sie hat gleich zwei Kinderärztinnen gefunden, die sich nun in Gerasdorf mit einer Gemeinschaftspraxis niederlassen wollen. Eine auf Kassen-, die andere auf Wahlarztbasis.

Finanziell geht es der Stadt ausgezeichnet. „Wir sind seit vielen Jahren sehr solide aufgestellt“, meint der Bürgermeister stolz. Die jährlichen Einnahmen aus der Kommunalsteuer betragen rund 3,9 Millionen Euro.

Die größten Betriebe: das Shopping Resort G3 (ca. 1.200 Arbeitsplätze, davon aber rund die Hälfte Halbtagsjobs), die Stastnik Wurstfabrik (300 Jobs) und die Strabag (150 Jobs). Insgesamt kommt Gerasdorf auf rund 4.500 Arbeitsplätze.

Und welche Projekte hat der Stadtchef in naher Zukunft auf der Rechnung? Die Stadtsaalrenovierung (Kostenpunkt zwei Millionen Euro), die soll 2024 abgeschlossen sein. Ein Pflegeheim, das schon lange auf der Wunschliste Vojtas steht. In der Ära Pröll kam es sogar schon zu einer Grundsteinlegung, aber unter Mikl-Leitner wurde das Bauprojekt wieder abgeblasen... Und der Stadtchef träumt von einem hochleistungsfähigen Öffiknoten im Norden von Wien beim Shopping Resort G3. Da ist jetzt schon ein Autobahnknoten (S1 und A5) und dort will Vojta künftig auch einen Öffi-Knoten. Hierher soll die Straßenbahnlinie, die jetzt in Wien-Stammersdorf endet, weitergeführt werden. Und von der anderen Seite kommend, eine neue Spange der Schnellbahn Gerasdorf-Kapellerfeld-Seyring. Vojta: „Das ist ein Zehn-Jahres-Projekt, das natürlich nur mit Unterstützung des Landes, der Stadt Wien und des Bundes umgesetzt werden kann.“

Zum Abschluss noch ein letztes bemerkenswertes Faktum: September 2015 wurde bekannt, dass der Bezirk Wien-Umgebung mit 31. Dezember 2016 aufgelöst wird. Gerasdorf sollte ab 2017 Teil des Bezirks Gänserndorf werden. Bei einer Online-Bürgerbefragung, die von der Stadtgemeinde veranstaltet wurde, hat sich allerdings im September 2015 eine Zweidrittelmehrheit für die Zugehörigkeit zum Bezirk Korneuburg ausgesprochen. Am 24. September 2015 hat der Niederösterreichische Landtag dem Wunsch der Bürger entsprochen und der Zuordnung von Gerasdorf zum Bezirk Korneuburg zugestimmt.

© www.foto-plutsch.at, Stadt Gerasdorf bei Wien

Bild links: Blick auf die Schlossparkanlage Seyring und im Hintergrund der Windräderpark. Bild oben: Das Shopping Resort G3 hat Gerasdorf auch weit über seine Grenzen hinaus bekannt gemacht.

Info-Box – Gerasdorf bei Wien

Stadtgemeinde (Stadterhebung am 17. Dezember 1998) im Bezirk Korneuburg an der nördlichen Wiener Stadtgrenze im Weinviertel.
EinwohnerInnen: 11.921
plus 3.355 ZweitwohnsitzerInnen.
Fläche: 35,25 km² (davon rund 1% bewaldet), 165m Seehöhe.
Gemeinderat (37 Mandate):
15 SPÖ, 12 ÖVP, 6 FPÖ, 3 GRÜNE, 1 NEOS
Städtepartnerschaft mit Totkomlos (Ungarn).
Drei Katastralgemeinden: Gerasdorf, Kapellerfeld und Seyring. Fünf Ortsteile: Gerasdorf, Kapellerfeld, Seyring, Föhrenhain und Oberlisse.

***

Besonderheiten:
Auszeichnungen: Seniorenfreundliche Gemeinde 2022; Jugendpartner Gemeinde 2022-2024; Gesunde Gemeinde 2022; Natur im Garten Gemeinde seit 2021; Kindergarten Vitalküche Stufe 2 2022-2024; Mensch-Award (Verleihung 2022); Henri. Der Freiwilligenpreis 2020; COVID-Krisenkommunikation Platz 2.
Sport- und Spielstätten: zwei Fußballvereine, drei vollwertige Fußballplätze; fünf Tennisanlagen; Badeteich; Pumptrack; Motoric-Park; Laufstrecken, Wanderwege, Radstrecken; Regionalpark Drei Anger (Erholungsraum Marchfeldkanal).
Regelmäßige Veranstaltungen: Die Stadt ist über ihre Grenzen hinaus vor allem für die Ausrichtung von drei Sportevents bekannt: der *Triathlon* in Sommer, der *Stadtlauf* im September und *Gemeinde fährt Rad* im Herbst.

Decken fürs Seniorenheim: Carola Felsenstein

„DAS IST LEIDENSCHAFT“

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

Es sind es mehrere Leidenschaften, die das Leben der St. Pöltner Gemeinderätin Carola Felsenstein prägen: Ihr soziales Engagement, die Liebe zum Handarbeiten und die Bereitschaft, immer wieder etwas Neues zu wagen. Wie sie das alles unter einen Hut bringt, ist bewundernswert.

„Ich bin selbst drei Monate im Rollstuhl gesessen. Ich weiß, wie kalt dir da im Winter an den Beinen ist“, erinnert sich die 57-Jährige an die Zeit nach ihrer Knieoperation. 2020 beschloss sie, mit ihren Handarbeiten anderen Menschen zu helfen. Seitdem hat sie weit über 100 Decken für die Bewohner des Stadtwaldes gehäkelt. Für Nicht-St. Pöltner: Stadtwald heißt das Seniorenwohnheim der Landeshauptstadt.

„Frauen können mehrere Sachen auf einmal machen“

Carola Felsenstein hat viel mit Menschen zu tun. Einerseits als SPÖ-Gemeinderätin im Team von Matthias Stadler, andererseits in ihrem Beruf. Sie ist diplomierte Trainerin in der Erwachsenenbildung und begleitet Mädchen bis zu ihrem Pflichtschulabschluss. Darunter sind auch Jugendliche, die vor ihrer Flucht nach Österreich – etwa in Afghanistan – gar keine Schule besuchen durften.

Sie unterrichtet Deutsch, Mathematik und Geografie. Mathematik zählt sicher nicht zu den beliebtesten Fächern, weiß Carola, aber: „Die Mädchen möchten lernen. Ich bin wahnsinnig stolz auf die vielen, die ihren Abschluss geschafft haben und eine Lehre absolvieren.“ Eine „ihrer“ Schützlinge hat sogar den Sprung in eine HTL geschafft.

An ihren Decken arbeitet Carola an Politik-freien Abenden. Und in ihrem Schrebergarten. Und im Urlaub hat sie die Handarbeits-Ausrüstung natürlich auch dabei. Es könnte ja mal eine freie Stunde geben, die man nützen kann. Übrigens: Gehäkelt wird nur mit EINER Nadel. „Ich strick ja nicht.“

Zusammenrücken wäre wieder angesagt

Wenn die Pandemie was Positives hatte, dann war es für Carola das „Zusammenrücken“. Dass man beim Nachbarn angeklopft hat, um nachzufragen, ob man helfen kann.

Die Decken bestehen aus vielen Einzelteilen

Das bräuchte es aus ihrer Sicht gerade jetzt wieder. Wenn Menschen mit kleinen Einkommen nicht wissen, ob sie essen oder heizen sollen. Frauen in der Politik sind für sie sehr wichtig, weil es „Themen gibt, die Männer nicht wirklich verstehen“.

Das Handarbeiten ist für sie eine gute Gelegenheit, „runterzukommen von Politik und Beruf“. Die Entwürfe für ihre Decken entstehen am Computer. So eine große Decke besteht aus vielen Einzelteilen. 14 mal 14 cm etwa. Da braucht sie dann rund 130 davon. Im Moment arbeitet sie gerade an einer Decke für den Samariterbund.

Vier Söhne, drei Enkelkinder, ein Schrebergarten und seit heuer auch eine eigene Vespa. Im Leben von Carola Felsenstein ist immer was los. Anfang Dezember geht es jetzt mal nach Venedig. „Wir waren noch nie im Winter dort, ich bin schon sehr gespannt.“

Und in weiterer Zukunft? Da ist vieles möglich. Geplant ist auf jeden Fall, dass sie in der Pension einen Nachmittag im Monat mit den Bewohnerinnen im Stadtwald Handarbeiten will. „Und vielleicht fang ich dann ja noch ein Studium an …“.

„ZEIGEN WIR GEWALT DIE ROTE KARTE!“

von Bgm.in Mag.a Astrid Reiser, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Vom 25. November bis zum 10. Dezember fand die Aktion „16 Tage gegen Gewalt“ mit zahlreichen Aktionen im öffentlichen und sozialen Raum statt. Gewalt von und durch Männer an Frauen stellt ein enormes Sicherheitsproblem dar. In Österreich hat sich dieses in den letzten Jahren massiv verschärft. Im Durchschnitt werden drei Frauen pro Monat von einem Mann ermordet. Mittlerweile ist Österreich das einzige Land der EU, in dem jährlich mehr Frauen als Männer ermordet werden. Hier fehlt es an dringend benötigten Mitteln, um Sicherheit für Frauen zu gewährleisten. Zumeist ist es die eigene Wohnung, die für Frauen zur Falle wird. Nehmen wir wieder Notiz von unseren Nachbarn, Hilferufe müssen gehört, Warnzeichen rechtzeitig erkannt werden. Mehr als 13.500 Betretungs- und Annäherungsverbote wurden 2021 ausgesprochen, 29 Frauen wurden 2021 ermordet. Beim überwiegenden Teil der Frauenmorde bestand ein Beziehungs- oder familiäres Verhältnis wie z.B. Partner, Expartner oder Familienmitglied zwischen Täter und Opfer. Massive Auswirkungen sind auch aufgrund der Pandemie der letzten Jahre zu spüren. Frauen, die finanziell abhängig sind, können sich schwerer aus einer Gewaltdynamik lösen. Psychische Probleme wie Ängste oder Einsamkeit kommen hier dazu und sind wesentlich stärker als noch vor ein paar Jahren.

Verstärkter Schutz gefordert! Es muss im öffentlichen Raum gut sichtbar sein, wo es Hilfe gibt. Gewalt an Frauen findet jeden Tag statt. Hier braucht es dringend umfassende Schutzkonzepte.

Die SPÖ Frauen fordern:

- Ständiger Krisenstab von Frauen-, Innen- und Justizministerium sowie im Gewaltschutz tätiger Organisationen
- Mehr Hochrisikofallkonferenzen
- 228 Millionen Euro für Gewaltschutz und 3000 Vollzeitstellen in Beratungseinrichtungen
- Ausbau der Frauen- und Mädchenberatungsstellen und eine solide Basisfinanzierung

PRAKTISCHES WERKZEUG UND NÜTZLICHE INTERPRETATIONSHILFE

Eigentlich noch druckfrisch: Der Praxiskommentar zur Nö. Landtagswahlordnung 1992 und Nö. Gemeinderatswahlordnung 1994, herausgegeben von Dr. Georg Miernicki, erschien am 10. Dezember.

Die Wahlen zum NÖ Landtag und die Wahlen zu den Gemeinderäten der niederösterreichischen Gemeinden sind in zwei unterschiedlichen Rechtsvorschriften, der NÖ Landtagswahlordnung 1992 und der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994, geregelt.

Dieser Kommentar berücksichtigt die letzten Novellen dieser Gesetze und bietet damit erstmalig eine aktuelle und praxisnahe Kommentierung dieser Rechtsvorschriften, womit es einen zuverlässigen und klar aufgebauten Leitfaden für die Praxis darstellt. Überdies finden sich eine Vielzahl an Beispielen zur Bewertung von Stimmzetteln in diesem Werk wieder. Verfasst wurde dieses Werk von den mit der Legistik und dem Vollzug dieser Gesetze betrauten Bediensteten des Amtes der NÖ Landesregierung sowie des Landesverwaltungsgerichts Niederösterreich.

Dieser Kommentar richtet sich damit insbesondere an die mit der Abwicklung von Wahlen betrauten Bediensteten in den NÖ Gemeinden und den NÖ Bezirkshauptmannschaften sowie an sämtliche mit den Wahlen in Niederösterreich befassten Personen.

***

Der „Kommentar“ erscheint bei NWV unter der ISBN 978-3-7083-4116-3.
523 Seiten, gebunden. Preis: € 118,-

Am Bild (v. l.): Fiona Schindl, Miriam Fischbacher, SJNÖ-Vorsitzende Amelie Muthsam, SJÖ-Vorsitzender Paul Stich, Melanie Zvonik, Markus Denk, Lorenz Markowitsch.

5x5 – NICHT NUR IN DER SCHULE…

Die Mieten explodieren, die Teuerung treibt die Preise für Strom und Heizung in ungekannte Höhen. Für immer mehr junge Menschen wird die eigene Wohnung zu einem Wunschtraum. Das 5x5 Modell skizziert einen möglichen Lösungsansatz für leistbaren Wohnraum.

Kaum ein Thema betrifft Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung so sehr wie das Thema Wohnen. In einer Wohnung oder einem Haus wohnen zu können, ist dabei viel mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Wohnraum steht für Sicherheit, Schutz, aber auch für einen persönlichen Rückzugsraum, in dem wir einen Großteil unseres Lebens verbringen.

„Besonders in den letzten Jahren sind die Mietpreise ins Unermessliche gestiegen. Von zu Hause ausziehen wird für viele junge Menschen zur Utopie, der Traum der ersten eigenen Wohnung rückt für viele in weite Ferne.“ erklärt Amelie Muthsam, Vorsitzende der SJNÖ.

Um dem etwas entgegenzusetzen, braucht es gezielte Maßnahmen, um jungen Menschen diesen wichtigen Schritt in die Eigenständigkeit zu ermöglichen. Einen konkreten Anhaltspunkt bietet das 5x5 Modell. Hierbei werden Wohnungen, die direkt der Gemeinde unterstellt sind oder durch gemeinnützige Genossenschaften betrieben werden, direkt an junge Menschen vergeben, die den Schritt des Ausziehens von zu Zuhause wagen wollen.

Die Bruttomiete für jene Wohnungen liegt bei fünf Euro pro Quadratmeter und wird durch die öffentliche Hand gefördert. Dieser vergünstigte Zins der 5x5-Wohnungen gilt für die ersten fünf Jahre. Danach kann die Wohnung zum normalen genossenschaftlichen oder durch die Gemeinde festgelegten Zins weiter bezogen werden. In einigen Gemeinden Österreichs, etwa in Steyr, ist das 5x5-Modell bereits gelebte Praxis.

Startwohnungen nach dem 5x5-Modell bieten eine Reihe von positiven Effekten. Zum einen ermöglicht es jungen Leuten einen Weg in die Eigenständigkeit. Besonders in Gegenden, die mit Abwanderung konfrontiert sind, können 5x5-Startwohnungen einen wichtigen Impuls liefern, um den ländlichen Raum zu attraktivieren und junge Menschen in der Region zu halten.

JUGEND KOPAK
KOMMUNALPOLITISCHE AKADEMIE

Hat sich alle Parteien angeschaut und sich dann für die SPÖ entschieden: Roland Hähsler

KRAFT, TECHNIK UND KONSEQUENZ

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

Er ist mit Sicherheit einer der stärksten Kommunalpolitiker im ganzen Land. Und Rekordhalter in einer Disziplin, in der es nicht nur auf Kraft ankommt, sondern auch auf sehr viel Technik. Roland Hähsler (47) aus Poysdorf im Bezirk Mistelbach.

Er hat immer schon viel Zeit in einem Fitness-Studio zum Krafttraining verbracht. Und dort hat er die Sportart kennengelernt, die ihn seitdem nicht mehr loslässt: das Bankdrücken. Für den unbedarften Laien schaut es aus wie Gewichtheben im Liegen. Und wer es zum ersten Mal sieht, macht sich in der Sekunde Sorgen, dass die Athleten dabei ihren Rücken malträtieren.

„Je höher die Brücke, desto kürzer der Weg“

Der rückenschonende Trick beim Bankdrücken lautet Hohlkreuz – also „ein U-Hakerl“ zu machen. Die Brücke. Wenn der Kampfrichter „Press“ ruft, dann müssen die Füße am Boden sein, nur der Po und die Schultern dürfen auf der Bank aufliegen. Da liegt die Stange mit den Gewichten schon am Brustkorb. Und je höher der oben ist, umso kürzer ist der Weg der vielen Kilos nach ganz oben. Mit der Kraft aus Armen und Schultern. In einem Zug. Runter und wieder rauf gilt nicht. Und wenn die Richter ein Zittern wahrnehmen, dann kann’s leicht sein, dass der Versuch im Wettkampf nicht gewertet wird. So ist es auch Roland ergangen, als einmal rekordverdächtige 127,5 Kilo nach oben wuchtete. „Im Training waren’s auch schon mal über 130, aber der Wettkampf ist halt was anderes“. 2018 wurde er Staatsmeister, den Wiener Landesrekord in seiner Gewichtsklasse hält er noch immer. Medaillen und Pokale hat er genug zu Hause.

Daheim, das ist in Föllim, einer Katastralgemeinde von Poysdorf. Als „Zuagrasta und noch dazu als roter Gemeinderat“ ist er da schon ein bissl ein Exot. Das eigene Haus, die Natur und der Freiraum für die Kinder sind ihm aber wichtiger als das früher gewohnte Leben in der Stadt. „Ich kann mich anpassen.“

In der Minderheit ist es natürlich schwer, eigene Projekte zu verwirklichen. Er würde zum Beispiel gerne einen Trainingsraum in der Gemeinde etablieren, der allen offen steht. „Von Kindern bis zur älteren Generation“. Die Trainerausbildung hat er, für die Einrichtung und Geräte käme er persönlich auf. Es spießt sich bei den Räumlichkeiten. Obwohl es da schon einige gäbe.

Es ist fast wie in der Politik: Auf die richtige Haltung kommt es an.

Weitermachen bis zum nächsten Erfolg

Roland ist zum zweiten Mal verheiratet. An der Mutter seiner Kinder hat ihm sofort gefallen, „dass sie weiß, was sie will“. Und an seinen beiden Kindern schätzt er besonders deren soziale Einstellung und Empathie.

In seinem Berufsalltag im Aussendienst ist es wie im Sport: „Da musst du Rückschläge wegstecken und trotzdem dranbleiben.“ Weitermachen bis zum nächsten Erfolg, lautet die Devise. Er arbeitet daran, Gewicht zuzunehmen und Muskelmasse aufzubauen. Um sich dann wieder in seine Gewichtsklasse runterzuhungern. Unter 74 Kilo. Denn mit 50 will er da wieder im Wettkampf antreten und den nächsten Titel holen. Dieses „Rauf und Runter“ geht nur mit einem detaillierten Trainings- und Ernährungsplan, von seiner Bodybuilding-Trainerin. Für’s Bankdrücken hat er eine zweite Trainerin. Die ist selbst aktive Kraftsportlerin. Vor kurzem ist sie bei der Weltmeisterschaft Fünfte geworden.

WAHLKAMPF-BEEINFLUSSUNG DER ÜBELSTEN ART

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Wir sind benommen vom Kommunikations- und Informationsrausch. Gleichzeitig spüren wir eine Ohnmacht angesichts des Tsunamis der Information, die deformative, destruktive Kräfte entfaltet.

Die Digitalisierung erfasst inzwischen auch den Bereich des Politischen und führt zu massiven Verwerfungen im demokratischen Prozess. Wahlkämpfe werden mit allen erdenklichen technischen und psychologischen Mitteln geführt. Social Bots, die automatisierten Fake-Accounts in den sozialen Medien, verbreiten Fake News, Hetze und Hass und beeinflussen die politische Meinungsbildung.

Troll-Armeen greifen in die Wahlkämpfe ein. Verschwörungstheorien und Propaganda beherrschen die politische Debatte. Mittels digitaler Psychometrie und Psychopolitik wird versucht, das Wahlverhalten unter Umgehung bewusster Entscheidung zu beeinflussen. Der Autor beschreibt die heutige Krise der Demokratie, indem er sie auf den digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit zurückführt. Er gibt der Krise einen Namen: Infokratie und verortet sie im Informationsregime als neue Herrschaftsform.

Autor Byung-Chul Han (63) war Professor für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Universität Berlin. Seine Publikationen, die sich u. a. mit der Kritik am Neoliberalismus beschäftigen, wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt.

***

„Infokratie, Digitalisierung und die Krise der Demokratie" erscheint im Verlag Matthes & Seitz Berlin. ISBN 978-3-7518-0526-1. 100 Seiten, Softcover, Klappbroschur, Preis: 10 ,- Euro.

„WECKRUF CORONA" WILL DISKUSSIONEN ANSTOSSEN

Im Buchprojekt von EU-Abgeordnetem Sidl zeigen ExpertInnen aus unterschiedlichsten Bereichen Veränderungen und Chancen der Pandemie.

„Die Corona-Pandemie hat unser Leben auf den Kopf gestellt und genau darüber müssen wir reden. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen genauso wie über die zunehmende Verlagerung unseres sozialen Alltags in den virtuellen Raum. Wir verlieren immer stärker die Fähigkeit zum persönlichen Austausch, zur Diskussion und zum Kompromiss", erklärt der SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl (Bild) seine Motivation für das kürzlich präsentierte Buch „Weckruf Corona – Gesellschaftliche Diagnosen für unser Leben nach der Pandemie". Beiträge von ExpertInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen sollen laut Sidl einen Diskussionsprozess über zukünftige Entwicklungen anstoßen: „Ich freue mich, dass sich so viele Expertinnen und Experten etwa aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, dem Gesundheitsbereich und der Zivilgesellschaft dazu bereit erklärt haben, dieses Buchprojekt zu unterstützen. Durch ihre vielfältigen Einblicke und Erfahrungen können wir wichtige Lehren aus der Pandemie ziehen und neue Ansätze finden, um unsere gemeinsame Zukunft besser zu gestalten. Es geht um ein gutes Zusammenleben mit einem positiven Zukunftsbild, in einer starken Demokratie."

Mitgewirkt haben unter anderem Vizekanzler a.D. Hannes Androsch, die langjährige Journalistin und Publizistin Margaretha Kopeinig, Meinungsforscher Günther Ogris oder die Fernsehköchin und EU-Abgeordnete Sarah Wiener. Weiters ProfessorInnen an Universitäten und Fachhochschulen, Unternehmensgründerinnen sowie zahlreiche Menschen, die

z.Vg.

täglich mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie zu tun hatten und haben - die die grundlegenden Probleme sehen und sich Gedanken über neue, mögliche Wege machen.

***

Bestellungen unter:
office@urbanforum.at
ISBN: 9 783200 086012
EUR 20,– (zzgl. Versandkosten)

© Werner Jäger

Gemeinsam für die ältere Generation (v.l.)): Volkshilfe NÖ-Geschäftsführer Gregor Tomschizek, Volkshilfe NÖ-Präsident Ewald Sacher, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, PV NÖ-Präsident Hannes Bauer, Landeshauptfrau-Stv. Franz Schnabl, PV NÖ-Sekretär Hannes Sauer, NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak.

SENIORENFREUNDLICHE GEMEINDEN & INITIATIVEN WURDEN AUSGEZEICHNET

Seit 20 Jahren werden Gemeinden und Initiativen ausgezeichnet, die sich verstärkt um die Anliegen der älteren Bevölkerung annehmen. Anlässlich des Int. Tages der älteren Generation war es wieder soweit.

Der NÖ GVV startete im Vorjahr in Kooperation mit dem Pensionistenverband NÖ und der Volkshilfe NÖ eine gemeinsame Infokampagne für die ältere Generation. Alle Gemeinden, die bis Sommer 2022 aktiv Vorträge zu den Themen Pflegegeld, Demenz und (Ver)Erben abhielten, wurden Ende September im NÖ Landesmuseum in Sankt Pölten als „Seniorenfreundliche Gemeinde" ausgezeichnet. Erfolgte die Organisation nicht durch die Gemeinde, sondern durch Personeninitiativen, erfolgte die Auszeichnung als „Seniorenfreundliche Initiative".

Die Ehrenplaketten überreichten LH-Stellvertreter Franz Schnabl, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak, Pensionistenverband NÖ-Präsident Hannes Bauer, Volkshilfe NÖ-Präsident Ewald Sacher und Volkshilfe NÖ-Geschäftsführer Gregor Tomschizek.

Und das sind die **Seniorenfreundlichen Gemeinden** und Seniorenfreundlichen Initiativen 2022:

Bad Vöslau, **Brand-Nagelberg**, **Bruck an der Leitha**, Ernsthofen, Felixdorf, Gars, **Gerasdorf bei Wien**, Gföhl, Gloggnitz, Göllersdorf, Götzendorf, Gresten, Gresten Land, **Gutenbrunn**, Haidershofen, **Heidenreichstein**, **Herzogenburg**, Kottingbrunn, **Krems**, **Leiben**, Leopoldsdorf, Lilienfeld, Meiseldorf, Michelhausen, Mistelbach, Neulengbach, Neunkirchen, **Paudorf**, Payerbach, **Pitten**, Poysdorf, **St. Aegyd**, St. Andrä-Wördern, **St. Pölten, Schrems**, **Spillern**, **Statzendorf**, **Ternitz**, **Theresienfeld**, Vösendorf, Waidhofen/T., **Weinburg**, Wr. Neustadt, **Wieselburg**, Ziersdorf, **Zwentendorf**.

***

Weitere Infos und alle Fotos zum Download z. B. für Gemeindezeitung auf:
www.noe-volkshilfe.at/presse

volkshilfe.
NIEDERÖSTERREICH

© Fotolia

BETREUUNG UND PFLEGE AUF AUGENHÖHE

vidaflex hat die 24-Stunden-Betreuungsplattform ins Leben gerufen. Ziel der Plattform (www.betreuerinnen.at) ist es, die Branche fair, sicher sowie vor allem transparent und frei von üblichen versteckten Provisionen und Knebelverträgen zu machen – im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Familien sowie vor allem auch der Pflegekräfte: Nur Partnerschaften auf Augenhöhe sind stabil und sicher.

In Österreich arbeiten 70.000 Menschen in der 24-Stunden-Betreuung. 50 Prozent der PflegegeldbezieherInnen werden zu Hause betreut, aber nur 6 Prozent nehmen auch Unterstützung durch 24-Stunden-Betreuung in Anspruch. „Dabei ist es ein nachvollziehbarer Wunsch von Menschen, in ihrer gewohnten Umgebung betreut zu werden", so Christoph Lipinski von der gewerkschaftlichen Initiative vidaflex. Bis zum Jahr 2050 steigt der Bedarf an Pflege- und Betreuungskräften in Österreich auf prognostizierte bis zu 143.000 Personen an.

vidaflex spricht mit den 24h-BetreuerInnen

Dabei zeigte allein die Corona-Pandemie, wie wichtig die 24-Stunden-BetreuerInnen hierzulande schon jetzt für das Funktionieren des Pflegesystems sind – immerhin wurden die BetreuerInnen im ersten Lockdown sogar mit Sonderzügen über die österreichische Grenze gebracht. Wenn es aber um die Bezahlung und vor allem um die Wertschätzung der Betreuungskräfte geht, tut sich wenig. „Alle reden über uns, aber keiner spricht mit uns", bringt es eine Betreuerin auf den Punkt.

„Wir von vidaflex sprechen sehr wohl mit den BetreuerInnen. Wir haben schon vor der Pandemie bemerkt, dass sowohl die BetreuerInnen als auch die zu Pflegenden sowie deren Angehörige mit ihren Sorgen allein gelassen werden. Dadurch entsteht schnell ein Gefühl des Ausgeliefertseins. Das darf nicht sein und ist auch nicht notwendig – wir wissen, dass es anders und besser geht. Wir machen es vor", so Lipinski. Nicht zuletzt deswegen hat vidaflex eine BetreuerInnenplattform entwickelt, zu finden unter *www.betreuerinnen.at*.

Ein lang gehegter Wunsch

Die Plattform ist ein lang gehegter Wunsch der BetreuerInnen. Das hat eine von der gewerkschaftlichen Initiative vidaflex durchgeführte Studie ergeben. Die neue Plattform unterscheidet sich klar von den teils dubiosen und zu teuren Agenturangeboten. So werden die Agenturleistungen, auf welche die BetreuerInnen zurückgreifen müssen, von diesen einstimmig als nicht zufriedenstellend beschrieben: Die Kosten sind zu hoch, das Gebotene ist zu niedrig. Auch bei der Vertragsgestaltung sind Agenturen oft nicht hilfreich oder dienlich. In den Interviews für die Studie sprechen viele davon, dass ihre Tätigkeiten nicht klar genug vereinbart wären. „Der Umfang der konkreten Aufgaben muss unbedingt vorher abgeklärt sein. Bei unserer Plattform ist das ein Muss. Ohne eindeutige Definition der Tätigkeiten beginnt bei uns keine Betreuerin mit ihrer Arbeit", stellt Lipinski, Generalsekretär von vidaflex und Geschäftsführer der betreuerinnen-Plattform, klar.

Darüber hinaus haben Betreuungskräfte oftmals Angst, dass immer billigere Arbeitskräfte aus dem weiter entfernten Osteuropa bevorzugt werden, wo das Lohnniveau noch sehr gering ist. „Für uns steht die Arbeitsplatzsicherheit im Vordergrund, denn viele haben große Sorgen über Negativlisten, die zwischen den Agenturen erstellt und ausgetauscht werden, ohne dass die 24-Stunden-Betreuungskraft darüber informiert wird und eine Chance zur Gegendarstellung erhält", führt Christoph Lipinski die Machenschaften diverser Agenturen aus. „Diese Unsicherheit wirkt sich dann natürlich auch auf die Betreuungsleistung der Kolleginnen und Kollegen aus. Wer Angst um sein Einkommen und seine Zukunft hat, wird am Ende weniger gute Arbeit leisten können. Und darunter leiden auch die zu betreuenden Menschen", so Lipinski.

Lipinski wundert nicht, dass Schindluder mit der Betreuung von Menschen betrieben wird, immerhin könne man viel Geld damit verdienen. „Mit unserer Plattform wollen wir dagegenwirken", so Lipinski. Schon 2020 wies der Rechnungshof in seinem Prüfbericht auf das gigantische Volumen am Betreuungsmarkt hin, welches sich in Österreich aus der Nachfrage nach Pflege und Betreuung insgesamt erzielen lässt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO rechnet bis 2030 mit einem finanziellen Aufwand für Pflegedienstleistungen von mehr als 9 Milliarden Euro. Wer Pflegeleistungen anbietet, wird also beachtliche Umsätze erzielen können. Das zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung der Vermittlungsorganisationen in Österreich: Waren es im Jahr 2016 noch 500, so gibt es aktuell rund 900 Agenturen, die Pflegekräfte vermitteln.

www.betreuerinnen.at – bedeutet: Sicherheit und Qualität

Bei www.betreuerinnen.at stehen Sicherheit und Qualität im Mittelpunkt. So werden Daten wie Ausbildung und Muttersprache der Betreuungskraft der Pflegestufe und besonderen Wünsche und Bedürfnissen der zu betreuenden Person gegenübergestellt. „Unser Online-System findet anschließend das beste ‚Match'", erklärt Christoph Lipinski. Diplomierte Qualitätsmanagerinnen überprüfen diese Ergebnisse. „Vor einer Vermittlung gibt es die Möglichkeit zum ersten Kennenlernen über einen Videocall. Und bei jeder Vermittlung stehen diplomierte Qualitätsmanagerinnen und mehrsprachige Community-Managerinnen mit Rat und Tat zur Seite."

Die Plattform bietet ein breites Spektrum an Leistungen – feste Stellen für die BetreuerInnen, aber auch Ersatzbetreuung bei kurzfristigem Ausfall, Krankheit oder Urlaub. Auch für Familien sind mit einer Nutzungsgebühr die Leistungen abgedeckt, die Familie bezahlt die Betreuerin dann direkt. Die Plattform stellt – passend zur Pflegestufe – zweisprachige Muster-Betreuungsverträge in Deutsch und in der jeweiligen Muttersprache der BetreuerInnen mit empfohlenen Mindesttagessätzen zur Verfügung. „Mit der Plattform ist uns eine tolle Sache gelungen. Unser Ziel ist es, die Branche fair, sicher sowie vor allem transparent und frei von den üblichen versteckten Provisionen und Knebelverträgen zu machen. Davon profitieren beide Seiten. Zum Wohle der Pflegebedürftigen, ihrer Familien und der Pflegekräfte. Nur Partnerschaften auf Augenhöhe sind stabil und geben Sicherheit", so Lipinski.

Am Anfang stand ein Buch

Basis für die Plattform ist das Buch „Die Situation der 24-Stunden-Betreuungskräfte in Österreich" der ForscherInnen Michaela Schaffhauser-Linzatti (Uni Wien, Leiterin des Fachbereiches für Governance in Non-Profit Organizations), Gerhard Gürtlich (WU Wien, Lektor am Institut für Transportwirtschaft und Logistik der WU-Wien) und Alexander Reichmann (Geschäftsführer RRC-Reichmann Research Consulting). Für das Buch wurden 2.275 Betreuungskräfte aus Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei online befragt. Zwei von drei Betreuungs- und Pflegekräften sind Frauen zwischen 45 und 60 Jahre alt.

Christoph Lipinski
© Markus Sibrawa

der gemeinde-rat.

© NÖ GVV / Pia Odorizzi

Die Autorin Mag.a Sabine Blecha ist die Juristin des NÖ GVV. Kontakt: sblecha@noegvv.at

MANDATSVERZICHT & NACHBESETZUNGEN

Die Gemeinderatsperiode seit der letzten Gemeinderatswahl 2020 ist zur Hälfte vorbei, mancherorts hatten sich die Wahlsieger zu einer Koalition zusammengeschlossen und für diese Periode das Bürgermeisteramt und andere Ämter aufgeteilt. Jetzt, zur Halbzeit, wechseln also einige Gemeinden die Führung oder es kommt aus anderen Gründen zu Rochaden und Änderungen bei den kommunalpolitischen Ämtern. Ein guter Zeitpunkt also für einen Reminder in Sachen Mandats- und Amtsverzicht bzw. Nachbesetzungen.

Grundsätzlich können kommunalpolitische Ämter jederzeit niedergelegt werden. In der NÖ Gemeindeordnung (NÖ GO) findet man die diesbezüglichen Regelungen in den §§ 110, 111 sowie 113 bis 115. Als Willenserklärung muss jeder Verzicht schriftlich erfolgen und unterschrieben sein,. mündliche Verzichte haben somit keine Rechtsfolgen. Zu beachten ist, dass ein durch Telefax übermitteltes unterschriebenes Schriftstück dem Schriftformgebot genügt, ein mit E-Mail eingebrachter Verzicht jedoch nicht.

Verzicht auf das Mandat als Gemeinderat

Das Ausscheiden aus dem Gemeinderat hat ex lege (automatisch) auch den Verlust aller anderen Funktionen zur Folge: ohne Gemeinderatsmandat kann man sein Amt als Bürgermeister, Vizebürgermeister, Gemeindevorstands-, Ausschussmitglied (Vorsitzender/-stellvertreter) nicht behalten. Das Verzichtschreiben eines angelobten Gemeinderates wird erst eine Woche nach seinem Einlangen am Gemeindeamt verbindlich. Das Gemeinderatsmitglied kann seine Rücktrittserklärung also innerhalb einer Wochenfrist widerrufen. Auch für den Widerruf (dem Rücktritt vom Rücktritt also) gilt das Schriftformerfordernis. Aus Nachweisgründen sollte das Eingangsdatum am Gemeindeamt auf dem Verzichtsschreiben zweifelsfrei dokumentiert sein. Rücktritte mit Fristsetzung sind möglich (zB mit Ende des Monats), allerdings beginnt die einwöchige Widerrufsmöglichkeit des Rücktrittes trotzdem schon mit Einlangen am Gemeindeamt zu laufen, auch wenn der tatsächliche Rücktritt später erfolgt (terminisiert ist).

Nachbesetzung eines freigewordenen Gemeinderatsmandates

Ein freigewordenes Gemeinderatsmandat muss möglichst rasch nachbesetzt werden. § 114 NÖ GO sieht hierfür primär die Bekanntgabe eines Ersatzmitglieds durch den zustellungsbevollmächtigten Vertreter der betreffenden Wahlpartei vor. Das Gesetz räumt diesem Vertreter für die Bekanntgabe eine nicht verlängerbare Frist von zwei Wochen ab tatsächlichen Freiwerden des Mandates ein.

Hat der zustellungsbevollmächtigte Vertreter innerhalb dieser Frist kein Ersatzmitglied bekanntgegeben oder hat das bekanntgegebene Ersatzmitglied die Einberufung abgelehnt, muss der Bürgermeister daraufhin innerhalb von vier Tagen für die Nachbesetzung sorgen. Er hat dabei jenes Ersatzmitglied einzuberufen, welches – ausgehend vom Wahlvorschlag – in der Reihenfolge der Ersatzmitglieder an erster Stelle steht. Falls diese Einberufung abgelehnt wird, hat der Bürgermeister weitere Einberufungsversuche nach der Listenreihung vorzunehmen.

Die Einberufung selbst wird nach drei Tagen wirksam, nachdem die gesetzliche Verzichtsfrist des Einberufenen abgelaufen ist. Dieser könnte aber schon vorher erklären, das Mandat anzunehmen, dann wird seine Nachbesetzung entsprechend früher wirksam. Die Einberufung eines Ersatzmitglieds sollte wegen des genannten Fristenlaufs schriftlich und nachweislich (z.B. per RSb oder gegen Übernahmebestätigung) erfolgen.

Das Ausscheiden aus dem Gemeinderat muss an der Amtstafel zwei Wochen kundgemacht sowie die Landesregierung und die Bezirkshauptmannschaft davon verständigt werden. Es wird empfohlen, nach Ablauf der Kundmachungsfrist unverzüglich eine Kopie des an der Amtstafel kundgemachten Schriftstücks zu übermitteln. Kann die Nachbesetzung nicht erfolgen, muss dieser Umstand ebenfalls mitgeteilt werden.

Der in den Gemeinderat neu berufene Mandatar muss das in § 97 Abs. 2 NÖ GO wiedergegebene Gelöbnis in Anwesenheit des Bürgermeisters leisten, eine Gemeinderatssitzung ist dazu nicht notwendig, kann allerdings dazu genutzt werden. Eine vom Angelobten unterschriebene Ausfertigung der Gelöbnisformel sollte von der Gemeinde zu ihren Akten genommen werden. Das verzichtende Gemeinderatsmitglied wird, sofern es nicht das Gegenteil verlangt, in die Liste der Ersatzmitglieder eingereiht. Eine Rückkehr in den Gemeinderat ist daher möglich, gesetzlich spricht auch nichts dagegen, dass der zustellungsbevollmächtige Vertreter genau die verzichtende Person wieder zur Nachbesetzung vorschlägt. Auf diese Weise könnte das betreffende Gemeinderatsmitglied seine eigene Nachfolge antreten.

Weitere Amtsverzichte

Verzichte auf das Amt als Bürgermeister, Vizebürgermeister, Gemeindevorstandsmitglied, Ausschussvorsitzender(-stellvertreter) bzw. Mitglied eines Gemeinderatsausschusses müssen ebenfalls in Schriftform erfolgen und unterfertigt sein.

Alle diese Verzichtschreiben müssen an den Bürgermeister gerichtet sein, nur der Verzicht des Bürgermeisters logischerweise an seinen Stellvertreter (meist der Vizebürgermeister, vgl. aber auch § 27 NÖ GO). Ein nicht an den Bürgermeister bzw. seinen Stellvertreter gerichtetes Verzichtschreiben ist seitens der Gemeindeverwaltung der in Betracht kommenden Person vorzulegen. Ein solcher Verzicht ist aber, wenn nur diese Mangelhaftigkeit vorliegt, trotzdem wirksam, weil das Gesetz an den genannten Mangel keine Rechtsfolgen knüpft. Das Verzichtschreiben wird mit dem auf den Tag des Einlangens im Gemeindeamt folgenden Tag unwiderruflich verbindlich. Der Rücktretende kann also den Amtsverzicht nur bis zum Ende des Tages, an dem sein Verzichtschreiben im Gemeindeamt eingelangt ist, widerrufen. Es ist ebenfalls zulässig, im Verzichtschreiben einen Termin für den Amtsverzicht anzugeben, ansonsten ist der Amtsverzicht mit dem auf den Tag des Einlangens im Gemeindeamt folgenden Tag wirksam. Auch hier gelten die Kundmachungsvorschriften (Amtstafel) und Verständigungspflichten an die Landesregierung und Bezirkshauptmannschaft.

Neuwahl und Ergänzungswahlen

Für die Nachbesetzung des Bürgermeisters bzw. Vizebürgermeisters (Neuwahlen) sowie der Gemeindevorstände oder Ausschussmitglieder bzw. Ausschussvorsitzenden/-stellvertreter (Ergänzungswahlen) gelten sinngemäß die Regelung der konstituierenden Sitzung nach den §§ 98 bis 107 NÖ GO: Die Neuwahl bzw. Ergänzungswahl hat innerhalb von zwei Wochen ab Freiwerden des Amtes (Wirksamwerden des Amtsverzichts) zu erfolgen. Lediglich Ergänzungswahlen in Gemeinderatsausschüsse müssen nicht innerhalb von zwei Wochen durchgeführt werden, wenn die Funktionsfähigkeit des Ausschusses nicht beeinträchtigt wird. Die Durchführung der Neuwahlen obliegt dem Gemeinderat, ausgenommen die Wahlen der Vorsitzenden/-stellvertreter von Gemeinderatsausschüssen, die nimmt der betreffende Ausschuss selbst vor. Für eine Bürgermeisterneuwahl wird der Gemeinderat vom Stellvertreter des Bürgermeisters einberufen, der auch bis zur Beendigung der Wahl den Vorsitz führt.

Alle Wahlen müssen wie aus der konstituierenden Sitzung bekannt, mit Stimmzetteln und geheim durchgeführt werden. Der Funktionsbeginn der Neugewählten erfolgt – ebenso wie bei der Wahl des Bürgermeisters (Vizebürgermeisters) in der konstituierenden Gemeinderatssitzung – in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde bereits mit der Annahme der Wahl (§ 100 NÖ GO), in Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereichs der Gemeinde erst mit der Angelobung durch den Bezirkshauptmann.

Im Falle einer Ergänzungswahl ist der Tag der Wahl in den Gemeindevorstand, in einen Gemeinderatsausschuss bzw. zum Ausschussvorsitzenden (Vorsitzendenstellvertreter) der Funktionsbeginn. Für die Wahl in den Gemeindevorstand und Gemeinderatsausschuss bedarf es zwingend einen Wahlvorschlag, nur Vorgeschlagene dürfen gewählt werden.

Die Neuwahl des Bürgermeisters, des Vizebürgermeisters und die Ergänzungswahl des Gemeindevorstands sind wieder an der Amtstafel kundzumachen und die Landesregierung bzw. Bezirkshauptmannschaft zu informieren. Außerdem ist der Landesregierung jede Änderung in der Besetzung des Prüfungsausschusses, einschließlich Änderungen der Person des Vorsitzenden(-stellvertreters) mitzuteilen.

der gemeinde-rat.

MMag. Clemens Hödl

Mag. Alexander Maimer

WAS AUF DIE GEMEINDEN IM JAHR 2023 ZUKOMMT

Das Jahr 2023 wird aufgrund der massiven Teuerungen besonders herausfordernd für die Gemeinden. Konsolidierungsmaßnahmen und Verbesserungen bei der Effizienz der Aufgabenerledigung werden unumgänglich sein. Aufgrund der rasanten Kostensteigerungen und wegen des Klimawandels tritt auch das Thema Energie immer mehr in den Mittelpunkt. – Ein Fachbeitrag der KDZ-Experten MMag. Clemens Hödl und Mag. Alexander Maimer.

Stark steigende laufende Ausgaben

Für die Gemeinden gibt es bei der Voranschlagserstellung 2023 einige Herausforderungen zu bewältigen. Die wesentliche Herausforderung besteht darin, dass die laufenden Ausgaben stärker steigen als die laufenden Einnahmen. Aus heutiger Sicht kann von folgenden Entwicklungen ausgegangen werden, die auf die Gemeinden zukommen. Der Personalaufwand wird abhängig von den Gehaltsabschlüssen für die Gemeindebediensteten um 6 bis 8 Prozent zunehmen. Der Material- und Betriebsaufwand wird gegenüber dem Voranschlag 2022 um 11 bis 13 Prozent steigen. Der Instandhaltungsaufwand kann um 10 bis 15 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2022 zunehmen. Ein wesentlicher Parameter dafür ist der Baupreis-Index, der per Ende September 2022 bei +17,6 Prozent gegenüber 2020 liegt *(Quelle: Statistik Austria)*.

Die Energieausgaben können um das Drei- bis Zehnfache steigen. Die Steigerung ist abhängig wie lange die bestehenden Energieverträge noch laufen und von den konkreten Energielieferanten der Gemeinde. Bei der Krankenanstalten- und der Sozialhilfeumlage ist voraussichtlich von einer Steigerung im Ausmaß von 5 bis 8 Prozent auszugehen.

Auf der Einnahmenseite ist davon auszugehen, dass die Ertragsanteile als wesentliche Einnahmenquelle der Gemeinden aufgrund der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2023 (BMF-Prognose vom Oktober 2022) nur um ca. 1,09% steigen werden. Die gemeindeeigenen Steuern, insbesondere die Kommunalsteuer werden aufgrund der höheren Lohnabschlüsse voraussichtlich um 3 bis 5 Prozent steigen.

Dies bedeutet, dass die Ausgaben voraussichtlich um 10 Prozent steigen werden (wenn sich Energieausgaben nur verdrei- bis vervierfachen) und die Einnahmen nur minimal steigen werden. Daraus resultiert, dass der Saldo 1 im Finanzierungshaushalt (Saldo der laufenden Gebarung) um bis zu 10 Prozent sinken wird. Bei Gemeinden bei denen die finanzielle Situation schon bisher herausfordernd war, wird diese Entwicklung zu massiven Schwierigkeiten führen, bis hin zur Tatsache, dass die Zahl der Abgangsgemeinden wieder deutlich steigen wird.

Konsolidierung im Mittelpunkt

Aufgrund der dargestellten Prognose werden die Gemeinden für den Voranschlag 2023 und darüber hinaus ihren Fokus auf die Themen Haushaltskonsolidierung, Effizienzsteigerung und nachhaltiges Investieren legen müssen.

Ein wesentliches Thema, das hier besonders in den Fokus gerät sind die Energieausgaben. Das Thema Energie ist aufgrund der gestiegenen Ausgaben und auch aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels sehr in den Mittelpunkt getreten.

Was kann eine Gemeinde beim Thema Energie tun?

Wie schon dargestellt ist davon auszugehen, dass die Energieausgaben um das Drei- bis Zehnfache steigen werden. Dieser Anstieg kann zumindest kurzfristig nicht durch Einsparungen wettgemacht werden, aber es ist wesentlich sich mit dem Umgang mit Energie verstärkt zu beschäftigen.

Beim Thema Energie stehen einerseits die Reduktion des Energieverbrauchs und damit auch die Reduktion der Energieausgaben und andererseits der Übergang von fossilen zu nachhaltigen Energieträgern im Zentrum.

Ein erster Schritt ist die Sensibilisierung von MitarbeiterInnen der Gemeinde und NutzerInnen der Gemeindeinfrastruktur bezüglich des sparsamen Umgangs mit Energie.

Gleichzeitig sollte in der Gemeinde eine Arbeitsgruppe geschaffen werden die die gesamte Gemeinde bezüglich Energieeinsparungen durchforstet. Beispiele für mögliche Einsparungsmaßnahmen sind hier:

– Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen – führt zu einer Reduktion des Energieverbrauchs

– Veränderungen bei Einstellung der Straßenbeleuchtung – wann schaltet sich diese ein bzw. aus

– Verzicht auf das Anstrahlen von gemeindeeigenen Gebäuden und Denkmälern

– Optimieren des Raummanagements – wann bzw. welche Gemeindeinfrastruktur wird durch Schulen, Vereine und BürgerInnen genutzt – damit kann vermieden werden das leerstehende Gemeindeinfrastruktur geheizt oder beleuchtet wird

– Die Reduktion der Raumtemperatur bringt nur überschaubare Einsparungen kann aber als Beitrag zur Sensibilisierung im Umgang mit Energie gesehen werden

Nachhaltiger, aber auch kostenintensiver sind investive Maßnahmen im Bereich der Gemeindeinfrastruktur. Hier sind die thermische Sanierung der Gemeindegebäude und die Umstellung der Heizung (Nutzung von Erdwärme und Solar-Energie) in den Gebäuden zu nennen. Diese Maßnahmen führen in einer ersten Phase zu Investitionskosten, haben aber nachhaltig positive Auswirkungen durch geringere Energieausgaben.

Derzeit besteht allerdings das Problem, dass es aufgrund der hohen Nachfrage zu Verspätungen bei den Gewerken kommt.

Gleichzeitig setzen viele Gemeinden Maßnahmen um ihre BürgerInnen für das Thema Energiesparen zu sensibilisieren. Zusätzlich gibt es auch in einigen Gemeinden Förderungen für thermische Sanierung und Austausch des Heizsystems.

Conclusio

Auf die Gemeinden kommen aufgrund der hohen Inflation und der steigenden Energiepreise herausfordernde Zeiten zu. Energiesparmaßnahmen können nur einen geringen Teil des Anstiegs der Energiepreises kompensieren allerdings ist es wichtig in diesem Bereich zu sensibilisieren. Investitionen zur thermischen Sanierung und zum Umstieg bei den Heizsystemen sollten allerdings in die mittelfristige Investitionsplanung aufgenommen werden.

AUSGABENSEITE	
Personalaufwand	+ 5 – 7 % Valorisierung + 1 % Vorrückungstangente
Betriebs- und Materialaufwand	+ 11 – 13 % gegenüber VA 2022
Treibstoffe	+ 100 % gegenüber VA 2022
Instandhaltung	+ 10 – 15% gegenüber VA 2022
Energie	3 bis 10facher Wert vom VA 2022 abhängig von Vertrag und Lieferant
Transfers	SH-Umlage + 5 – 8 % KA-Umlage + 5 – 8 %
Baukosten-Invest	2022 + 17,6 % gegenüber 2020
EINNAHMENSEITE	
Gemeindeeigene Steuern	+ 3 – 5 % gegenüber VA 2022
Ertragsanteile	+ 1 % gegenüber VA 2022
Gebühren	+ 6 – 7 % bei Valorisierung der Gebühren
Leistungs-, Mieterlöse	+ 3 – 5 % gegenüber VA 2022
Lfd. Transfereinnahmen	+ 3 – 5 % gegenüber VA 2022

Quelle: KDZ, 11/2022

Impressum/Offenlegung Kommunale Information magazin (KIm)
Medieninhaber und Herausgeber:
Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in Niederösterreich,
Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz
Vorsitzender: Präsident Bgm. Rupert Dworak
Vorsitzender-Stv.: Direktor StR Mag. Ewald Buschenreiter
ATU 65073733
Unternehmensgegenstand: Produktion und Herausgabe einer Mitgliederzeitung für den Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich.
Grundlegende Richtung: Information aus kommunal relevanten Bereichen
Anschrift der Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten
Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)
AutorInnen der SPNÖ-Seite: Mag.ª Gabriele Strahberger, Anton Feilinger
Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.ª Sabine Blecha, MMag. Clemens Hödl, Mag. Alexander Maimer, Beatrix Dunkl
Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at
Grafik: FRIEDL UND SCHMATZ GesmbH & Co KG
Druck: Berger, Horn